

POLITISCHE STUDIEN 491

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

71. Jahrgang | Mai-Juni 2020 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

AUGEN AUF – POPULISMUS IST DURCHSCHAUBAR



/// Im Zeitgespräch: Hans Podiuk – 42 Jahre Münchner Stadtpolitik – 06

/// Deutsche Außenpolitik nach Corona – 46

/// Hackathons als Teamevents für Jugendliche – 57

www.hss.de



Die Krise hat gezeigt: Unser demokratisches Gemeinwesen **FUNKTIONIERT.**

DAS VIRUS UND DIE DEMOKRATIE

Der Ausbruch der Covid19-Pandemie hat in unserem Land zu einem Stillstand geführt – ein Szenario, das man sich bisher nur in überdrehten TV-Produktionen vorstellen konnte. Der Freistaat Bayern hat darauf rasch reagiert. Am 16. März 2020 wurde vom Innenministerium der Katastrophenfall ausgerufen und am 25. März 2020 im Landtag das Infektionsschutzgesetz verabschiedet. Die Folge waren Beschränkungen, die tief in das Alltagsleben der Bürger eingriffen und seit 1945 hierzulande niemals erforderlich waren.

Mittlerweile können einige dieser Einschränkungen wieder gelockert werden. Der Grund hierfür ist nicht das Verschwinden des Corona-Virus, sondern die Eindämmung durch die teilweise drastischen Maßnahmen, die die Politik in Bund und Land durchgeführt hat. Die Bürger sehen, dass Opferzahlen wie in Italien, Frankreich oder Großbritannien in Deutschland bei Weitem nicht erreicht wurden. Deswegen werden sie es in Kauf nehmen, dass Großveranstaltungen und Massenvergnügungen wie Volksfeste oder Fußballspiele vorerst nicht in Frage kommen. Zugleich dürfen die Kosten des Lockdown nicht vergessen werden.

Die Krise hat aber auch gezeigt: Unser demokratisches Gemeinwesen funktioniert. Der Staat hat sich als handlungsfähig erwiesen. Dies könnte auch längerfristig die Zustimmung der Bürger zur Demokratie und den staatlichen Institutionen insgesamt wieder erhöhen. In einer am 5. Mai veröffentlichten Umfrage von GMS bei SAT 1 zeigten sich 83 % der Bayern mit der Arbeit der Staatsregierung zufrieden oder sehr zufrieden. Mit Ministerpräsident Söder und seinem Krisenmanagement waren 91 % zufrieden. Das sind nie gemessene Rekordwerte von einer Bevölkerung, die angibt, von den Maßnahmen betroffen zu sein, aber deren Notwendigkeit anerkennt und ihre Durchführung begrüßt. Diese Zahlen sind ein Indikator für das Grundvertrauen unserer Bürger – nicht nur in einzelne Parteien, sondern in die Demokratie.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Leiter der Leitungsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung, Wahlforschung der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



INHALT



26

06

IM FOKUS

14 AUGEN AUF – POPULISMUS IST DURCHSCHAUBAR

Einführung
VERENA HAUSNER

18 VOLK UND FEIND

Was ist Populismus?
JÜRGEN P. LANG

26 POPULISMUS UND MEDIEN

Merkmale und Konsequenzen populistischer Kommunikation
BENJAMIN KRÄMER / DESIRÉE SCHMUCK

36 STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG VON POPULISMUS

Klare Kante zeigen
FLORIAN HARTLEB



46



57

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 42 JAHRE MÜNCHNER STADTPOLITIK

Ein „Urgestein“ verabschiedet sich in den Ruhestand
HANS PODIUK

ANALYSEN

46 DEUTSCHE AUßENPOLITIK NACH CORONA

Alte Trends und neue Prioritäten
THOMAS ERNDL / HANNES PICHLER

57 HACKATHONS ALS TEAM-EVENTS FÜR JUGENDLICHE

Potenzial eines Veranstaltungsformats für Bildung und Kultur
KATHRIN BARBARA ZIMMER

AKTUELLES BUCH

65 ÜBER 1000 JAHRE JÜDISCHES LEBEN ALS TEIL DER BAYERISCHEN KULTUR

Erstes umfassendes Grundlagenwerk
PHILIPP W. HILDMANN

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 68 REZENSIONEN
- 71 LESEEMPFEHLUNG
- 72 ANKÜNDIGUNGEN
- 74 IMPRESSUM



Quelle: iStock.com / tonefotografia

/// Ein „Urgestein“ verabschiedet sich in den Ruhestand

42 JAHRE MÜNCHNER STADTPOLITIK

Am 30. April 2020 endete mit der Amtsperiode des Münchner Stadtrats 2014 bis 2020 auch eine politische Ära: Hans Podiuk, bei dieser Kommunalwahl nicht mehr angetreten, scheidet aus dem Münchner Stadtrat aus. Podiuk, Jahrgang 1946, war seit 1978, also geschlagene 42 Jahre (7 Amtsperioden) Mitglied des Selbstverwaltungs-Gremiums der größten deutschen Kommune. Er war Fraktionsvorsitzender, Vize-Fraktionsvorsitzender, Sprecher in so gut wie jedem der 13 Stadtrats-Ausschüsse, OB-Kandidat und war Ehrenvorsitzender der Stadtratsfraktion. Er ist konservativ und progressiv zugleich, einer vom alten Schlag und dennoch neu denkend, weit vorausschauend. Mit Podiuk geht ein „Urgestein“ der Münchner Stadtpolitik in den Ruhestand. Wir haben mit ihm ein Rückblick-Interview gemacht, ihn aber auch gefragt, was er noch so vorhat.



/// IM ZEITGESPRÄCH:
HANS PODIUK

war 42 Jahre Münchner Stadtrat und lange Zeit CSU-Fraktionsvorsitzender.

Politische Studien: Herr Podiuk, was überwiegt jetzt bei Ihrem Ausscheiden? Die Freude über die neu gewonnene Freiheit oder die Trauer über den Verlust der vergoldeten Stadtratskette?

Hans Podiuk: Da fällt mir zunächst ein russischer Politiker mit dem Spruch „Ihr habt ja nichts zu verlieren, außer Eure Ketten“ ein. Aber im Ernst: Ich habe ein lachendes und ein weinendes Auge. Einerseits Freude über die viele freie Zeit, andererseits das Bedauern über mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten im Stadtrat und für die Bürger.

Von 1995 bis 2006 waren Sie Fraktionsvorsitzender und von 2014 bis 2016 nochmals. 2006 und 2016 haben Sie Ihren Platz jeweils für einen jungen Nachfolger, zuerst Josef Schmid und dann Manuel Pretzl, freigemacht. Das ist uneitel und in der Politik eigentlich unüblich, freiwillig in die „zweite Reihe“ zu gehen und rechtzeitig dem Nachwuchs eine Chance zu geben. Was hat Sie zu diesen Entschlüssen veranlasst?

Für die Partei ist es wichtig, in der jeweils bestmöglichen Aufstellung sowohl in Wahlkämpfe als auch in die Stadtratstätigkeit zu gehen, um ein Höchstmaß an Zustimmung zu errei-

chen. Ich habe ein Mandat nie als Selbstverwirklichung gesehen und damit auch nicht gebraucht.

In all der Zeit Ihrer Stadtratstätigkeit haben Sie unzählige Debatten geführt. Dabei hatten Sie die Geschäftsordnung des Stadtrates stets auswendig parat, um den politischen Wettbewerber und die Verwaltung an die Einhaltung der entsprechenden Regelungen zu erinnern. Das hat Ihnen immer wieder großen Spaß gemacht, gell?

Ich bin nach wie vor verblüfft, wie wenig Mandatsträger tatsächlich die rechtlichen Grundlagen ihrer Tätigkeit, nämlich die Gemeindeordnung, kennen. Dass aber auch die Stadtverwaltung selbst viele Unsicherheiten in diesem Bereich hat, hat mich doch verwundert. Für viele waren dann auch meine Hinweise zur Geschäftsordnung ein praktisches „learning by doing“.

Erinnern Sie sich an eine besonders hitzige Debatte? Wenn Sie die Debattenkultur insgesamt betrachten – inklusive Internet und Social-Media –, wie sehr hat sich diese in ihrer aktiven Zeit verändert?

Man kann darauf wetten, dass ein halbes Jahr vor Wahltagen, ganz

„**Heute gilt oft Schnelligkeit vor GENAUERER Recherche.**“

gleich ob Stadtrats-, Landtags oder Bundestagswahl, die Debatten hektischer werden und persönliche Angriffe sich häufen. Im Laufe der Jahre weiß man, dies gehört zur politischen Realität. Früher war dann die Presseerklärung das Mittel der Kommunikation, heute haben manchmal diejenigen einen Vorsprung, die schon während der Sitzung ihre politischen Einschätzungen in den sozialen Medien darstellen. Während früher die Journalisten diese Behauptungen noch intensiv abgeklopft haben, gilt heute oft Schnelligkeit vor genauere Recherche. Wobei bei den Medien selten der Mut anzutreffen ist, eine zunächst falsche Einschätzung am nächsten Tag zu korrigieren.

Was hat sich im Stadtrat am meisten verändert binnen der letzten 40 Jahre? Und was in der Stadt?

Besonders verändert hat sich die Geschwindigkeit in der Kommunikation. Dies geht leider immer wieder zu Lasten der Fakten, auch wenn es natürlich grundsätzlich gut ist, wenn die Bürger in einen regen Austausch mit den Politikern treten. Man darf nur nicht immer umgehend Antworten erwarten, weil Dinge ja auch geprüft werden müssen. Auch das Le-

ben in der Stadt ist hektischer geworden. Man nimmt hier insbesondere Rücksichtslosigkeit zunehmend wahr, die manche als Selbstbehauptung darstellen.

Seit 1980 haben Sie politisch für das Truderinger Gymnasium gekämpft. 2013 wurde es dann endlich in Betrieb genommen. War das Ihr größter politischer Triumph?

In der eigenen Wahrnehmung glaube ich, dass die Absiedelung des Flughafens München Riem, die Umsiedelung der Münchner Messe, der Bau der Messestadt und der Umbau der städtischen Wälder von einer Fichten-Monokultur zu Mischwäldern zu den wichtigsten Themen, die ich angestoßen habe, gehören. Daneben war ich auch einer der Sprecher für die Bürgerinitiative „3 Tunnel für München“, die schließlich die drei Tunnel am Mittleren Ring durchgesetzt hat, im Osten den Richard-Strauß-Tunnel, im Norden den Petuel-Tunnel und im Süden den Luise-Kiesselbach-Tunnel.

Fast 300.000 Menschen sind seit 2004 neu nach München gezogen. Gerade für die politischen Entscheidungsträger ist

„**Ich habe ein Mandat NIE als Selbstverwirklichung gesehen.**“



Quelle: Hans Podiuk

Immer auch traditionsbewusst: Hans Podiuk in Tracht bei der Maibaumwache in den 1980iger-Jahren.

das eine große Herausforderung. Was hätte man Ihrer Meinung nach besser machen können oder früher machen müssen, um gerade die mit dem Zuzug verbundene Wohnraum- und Verkehrsproblematik besser in den Griff zu bekommen?

Der größte Fehler einer Rot-Grün-Mehrheit war vor 30 Jahren der Stopp für den weiteren U-Bahn-Ausbau. Planung und Bau von Massentransportmitteln dauern bekanntlich Jahrzehnte. Dieser Fehler wird auch bei verstärkten Anstrengungen nicht mehr aufzuholen sein. Allerdings stelle ich manchmal auch ein gespaltenes Bewusstsein fest: Seit Jahrzehnten heißt es, die Bevölkerung wird nicht mehr so viel Auto fahren. Gleichzeitig steigen die Kfz-

Zulassungszahlen bis heute ganz massiv an und zwar weit über den Bevölkerungszuwachs hinaus. Obwohl im Wohnungsbau die Fertigstellungszahlen beachtlich sind (zwischen 7.000 und 8.000 jährlich), ist dieser angesichts der Zuzugszahlen eine große Herausforderung. Die Nachverdichtung stößt immer stärker auf den Widerstand der örtlichen Bevölkerung. Hier die Balance zwischen Ortsansässigen und den Zuzüglern zu halten, wird auch für den neuen Stadtrat eine große Herausforderung sein.

Sie waren auch jahrelang Aufsichtsrat der Münchner Messe – jetzt kommt auch noch die Internationale Automobil-Ausstel-

“ **Der größte Fehler einer ROT-GRÜN-MEHRHEIT war vor 30 Jahren der Stopp des weiteren U-Bahn-Ausbaus.**

lung. Beeindruckende Erfolgsgeschichte, die Messe, oder?

Die Münchner Messe ist ein großer Anziehungspunkt in der Welt und auch einer der Garantien für das wirtschaftliche Wohlergehen der Stadtbevölkerung. Trotz der vielen Weltleitmesse, die in München stattfinden, wird die Bedeutung der Messe sowohl im Stadtrat als auch in der Bevölkerung ziemlich unterschätzt. Ich war froh, dass wir in den 80er-Jahren im Aufsichtsrat beschlossen haben, den Standort der Münchner Messe von der zu engen Schwanthaler Höhe in der Innenstadt nach Riem zu verlagern. Die Münchner Messe bringt der Stadt allein aus der Umwegrentabilität mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr.

2002 mussten Sie als OB-Kandidat in die Bresche springen und „wurden angetreten“, wie Sie einmal gesagt haben. War die dann verlorene Wahl Ihre größte politische Niederlage? Oder war das deswegen nicht so schlimm, weil der OB-Kandidat ja sowieso nie Teil Ihrer Lebensplanung war?

Um die Jahrtausendwende war die Münchner CSU aus unterschiedlichen Gründen in einer schwierigen

Situation. Während der politische Gegner schon stadtwweit für die Kommunalwahl im März 2002 plakatiert hatte, ist uns der bereits aufgestellte OB-Kandidat abhandengekommen. Ich habe es als Pflicht angesehen, als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat diese Aufgabe zu übernehmen, obgleich mir klar war, dass eine Siegeschance nicht vorhanden war. Unter diesen Umständen habe ich daher die verlorene Wahl auch nicht als politische Niederlage empfunden. Ich war nur erstaunt, dass Staatsminister, die ihren Landtagswahlkreis in München hatten, auf keinen Fall zum Oberbürgermeister der Stadt kandidieren wollten.

Bei der sogenannten „Wahlfälscheraffäre“ im Münchner Osten wurden Sie Opfer einer Intrige. Haben Sie zu dieser Zeit mal daran gedacht, aus der CSU auszutreten?

Ich habe nie daran gedacht, aus der Partei auszutreten. Ich bin in die CSU eingetreten, weil mir die Wertvorstellungen und das Programm am meisten zugesagt haben. Aber es ist natürlich wie in jedem anderen Verein oder Verband so, dass Fallenstellen und Intrigen durch Einzelpersonen immer wieder vorkommen können. Dies ist jedoch nicht die Schuld der



Im Wahlkampf muss man auf die **STAMMWÄHLER** setzen.

Partei als Organisation, sondern es sind eben Einzelfälle durch handelnde Personen.

Herr Podiuk, Sie waren immer Mahner, die Stammwähler nicht zu vernachlässigen, wenn man Wahlen gewinnen will. Unsere letzten beiden Studien haben festgestellt, dass die Stammwähler immer mehr ab- und dafür die Wechselwähler stark zunehmen. Haben Sie ein Rezept, wie man dem entgegenwirken könnte?

Natürlich ist es ein Fehler, wenn man im Wahlkampf mehr auf die Laufkundschaft als auf die Stammwähler setzt. Der Schlüssel zum Erfolg ist in erster Linie, Stammwähler zu halten. Dabei ist es vor allen Dingen notwendig, sich auch den kritischen Fragen der eigenen Leute zu stellen und das eigene Abstimmungsverhalten im Einzelfall zu erklären. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, dass man sogar für Positionen, die zunächst unpopulär sind, auf lange Sicht Zustimmung bekommen kann.

Sie haben zahlreiche Auszeichnungen erhalten: das Bundesverdienstkreuz am Bande, Ehrungen für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung, „München leuchtet in Gold“, die „Jubilä-

umsmedaille“, die Goldene Bürgermedaille. Ihr Name ist in der Ehrentafel des Alten Rathauses eingraviert. Über welche Ehrung haben Sie sich am meisten gefreut?

Es gibt ja den Spruch „Ehrungen sind eine Alterserscheinung“. Gleichwohl freue ich mich über die Goldene Bürgermedaille, die zweithöchste Ehrung durch meine Geburtsstadt München. Das war mir sicher nicht in die Wiege gelegt.

Die Fragen stellte Thomas Reiner, Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München. ///

Kurze Frage – schnelle Antwort

Sie sind am Gärtnerplatz im Nachkriegs-München aufgewachsen. An was erinnern Sie sich besonders gerne?

In der Baaderstraße waren wir damals in jedem Haus mindestens sechs Kinder. Dadurch gab es eine Menge an Spielkameraden, was – trotz des Nachkriegs-München – bei mir sicherlich zu einer unbeschwerteren Kindheit beigetragen hat.

Was gefällt Ihnen heute an München am meisten? Und was stört Sie?

Ich bin sicher: München ist sowohl finanziell wie auch mental in einer guten Verfassung. Ich glaube, dass nach Ende der Corona-Krise der Neuaufbau in Wirtschaft und Gesellschaft nicht länger als ein halbes Jahr dauern wird. Vielleicht können wir uns sogar ein stärkeres Gefühl für ein „Miteinander“ bewahren.

Herr Podiuk, Sie sind ja auch Verwaltungsratsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern e. V. Fließt da jetzt Ihr ganzes Engagement hin oder wohin sonst noch?

Meine Haupttätigkeit wird tatsächlich beim Bund der Steuerzahler sein. Dies wird umso wichtiger werden, wenn man schon heute die abenteuerlichen Forderungen von SPD und LINKEN zum Thema Steuererhöhungen und Vermögensabgabe hört. Daneben habe ich auch noch Aufgaben im Europäischen Wirtschaftssenat.

Ihr Tipp für eine erfolgreiche politische Karriere?

In meiner politischen Laufbahn habe ich erfahren, dass viel Basisarbeit in der Partei und auch die frühzeitige Übernahme von politischer Verantwortung, z. B. im Bezirksausschuss, durchaus von Nutzen sind.

Und für ein erfülltes Leben?

Das bayerische Motto „Leben und leben lassen“, ein Schuss Gelassenheit und ein „In sich Ruhem“ helfen auf alle Fälle. Man sollte auch wissen, es gibt nicht nur Erfolge und auch Misserfolge prägen Bewusstsein und Charakter.



/// Einführung

AUGEN AUF – POPULISMUS IST DURCHSCHAUBAR

VERENA HAUSNER /// Der Populismus ist auf dem Vormarsch, nicht nur in Europa, und er gefährdet die Demokratie. Was ist Populismus, wie wirkt er und wie kann ihm erfolgreich begegnet werden? Damit beschäftigt sich der Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Populismus ist aktuell und scheinbar auch „en vogue“ geworden. „Das muss man doch wohl mal noch sagen dürfen“ ... hört man immer wieder. Ist das alleine schon populistisch? Oder wird es das erst, wenn man populistische Äußerungen anderer zu seinen eigenen macht? Populismus, ein viel erscheinender und oft benutzter Begriff in diesen Zeiten. Aber was versteht man unter Populis-

mus, was bedeutet er konkret? Wo kommt er vor und in welcher Form?

Der Begriff ist schwer zu fassen, denn er umfasst als Sammelbegriff viele Richtungen und Ausprägungen, berührt zahlreiche Bereiche, nicht nur die Politik. Der Politikwissenschaftler Jürgen P. Lang definiert in seinem Beitrag das Phänomen „Populismus“ und erklärt ihn in seinen Facetten.

Grundlegend geht es dabei um Partikularismus gegen Universalismus und Liberalismus. Es wird eine Wir-Identität konstruiert, die auf der Grundlage eines gemeinsamen Feindbildes basiert: „Wir gegen die anderen, gegen den Feind“. Gleichzeitig wird der Liberalismus als Gesellschaftsideal und Verfassungsprinzip diskreditiert und in Frage gestellt. Dies geschieht perfiderweise auch mittels des Einsatzes demokratischer Elemente (Plebiszite) und Vorstellungen. So soll vorgeblich „Volkes Wille“ als Volkssouveränität wieder durchgesetzt werden, gegen „die da oben“, die Eliten und Abge-

hobenen. Volkssouveränität bedeutet für Populisten jedoch nur einen einheitlichen, nämlich ihren – antidemokratischen – Willen und ihre Vorstellungen.

Jürgen P. Lang zeichnet anschaulich die Vorgehens- und Wirkungsweise der partikularistischen Strategie aller populistischen Strömungen auf, auch in Bezug auf ein vereintes Europa. Er weist dabei aber auch auf die Gefahren und den angemessenen Umgang mit ihnen hin. Populismus, mit seinen radikalen Strategien von links und rechts als vorgeblicher Reparaturbetrieb freiheitlicher Demokratien, kann so zu deren Totengräber werden. Die Lösung des Problems kann und darf nach Meinung des Autors aber nicht in der Ausgrenzung liegen, denn dies kann schnell zum Fallstrick werden und zu einer weiteren Radikalisierung führen. Stattdessen solle ein freiheitliches demokratisches Gemeinwesen Proteste ernst nehmen und sich mit ihnen konstruktiv auseinandersetzen.

**Populismus ist europaweit auf dem
VORMARSCH.**

Konstruktiv bedeutet auch, Ursachenforschung zu betreiben, nicht zuletzt, um geeignete Maßnahmen und Gegenstrategien entwickeln zu können. Kommunikation spielt im Populismus eine ganz wichtige Rolle, weil sie ein entscheidendes Steuerungsinstrument darstellt. Die beiden Kommunikationsforscher Benjamin Krämer und Desirée Schmuck vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München haben sich daher in ihrem Beitrag eingehend mit den Merkmalen und Konsequenzen populistischer Kommunikation und dem Verhältnis zu den Medien befasst.

Die grundlegenden Aspekte des Populismus, nämlich Fokussierung auf die Gruppe „Volk“, Kritik an den Eliten sowie Forderung nach Durchsetzung des „Volkswillen“ spiegelt sich inhaltlich wie sprachlich auch in der Kommunikation wider: „Wir sind das Volk“, „... die da oben“, „Volkes Wille“ ... Wichtige verwendete stilistische Merkmale dafür sind eine „Wir gegen die anderen“-Rhetorik, eine stark negative Tonalität (Angriff) sowie gezielte Provokation. Dabei werden die Medien genutzt und kritisiert zugleich (Fake News, „Lügenpresse“).

Krämer und Schmuck arbeiten die Vorgehensweisen, Strategien und Instrumentarien sowie die kalkulierte Ambivalenz der populistischen Kommunikation heraus. Dabei lassen sie die Medien und deren durchaus auch zwiespäl-

tige Rolle nicht außer Acht und untersuchen zudem die Adressatengruppen: Wer ist empfänglich für populistische Kommunikation und warum? Als Gegenmaßnahme empfehlen die beiden Autoren eine langfristige rationale und aufklärende Argumentationsführung: Augen öffnen, Sichtweisen verändern ...

Mit den Strategien zur Bekämpfung von Populismus beschäftigt sich auch der Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Florian Hartleb in seinem Aufsatz eingehend. Populisten tra-

Die INHALTSLEERE der Populisten muss deutlich gemacht werden.

gen nichts zur Lösung globaler, nationaler oder regionaler Probleme bei, wie er feststellt. Dies sowie ihre inhaltsleere Propaganda muss klar aufgezeigt werden. Hartleb definiert dazu zunächst den Strategiebegriff und stellt verschiedene mehr oder weniger erfolgreiche strategische Optionen und Gegenstrategien vor, analysiert und bewertet diese und entwickelt schlussendlich dazu seinen zielführenden Leitfaden.

Die derzeitigen Krisen spielen der Angststrategie der Populisten in die Hände. Dagegen und gegen die Gefahr der sozialen Exklusion, das Abgehängtsein, müssen die demokratischen Parteien in politischer Verantwortung ankämpfen und zwar mit Führung, Geschlossenheit, Identifikation und eben einer klaren Strategie: „Die etablierten Parteien müssen nicht nur die Sorgen

und Nöte der gesamten Bevölkerung ernst nehmen, sie müssen auch dafür Sorge tragen, dass Menschen Perspektiven [...] vorfinden“, so der Autor. Es bedarf eines klaren Agenda-Settings und der Betonung des eigenen Markenkerns der Parteien: Wofür stehen wir? So kann man selbstbewusst, klar definiert und überzeugt – nicht nur dem Wähler gegenüber – auftreten und die Inhaltsleere der Populisten deutlich machen.

Populismus ist eine sehr „dünne“ Ideologie. Es gibt viele verschiedene und gute Bausteine, um ein Bollwerk dagegen zu erstellen. Ganz wichtig sind dabei auch Aufklärung, Information und kritisches Hinterfragen. Man sollte sich keinesfalls von Populismus und seinen

inhaltsleeren An- und Aussagen blenden lassen und so Gefahr laufen, zu dessen Spielfigur oder Marionette zu werden. Daher: Augen auf und erkennen, wer da die Fäden zieht und in welche Richtung! Populismus ist durchschaubar. ///



/// VERENA HAUSNER
ist Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Populistische Kommunikation ist ein wichtiges STEUERUNGSELEMENT.

/// Was ist Populismus?

VOLK UND FEIND

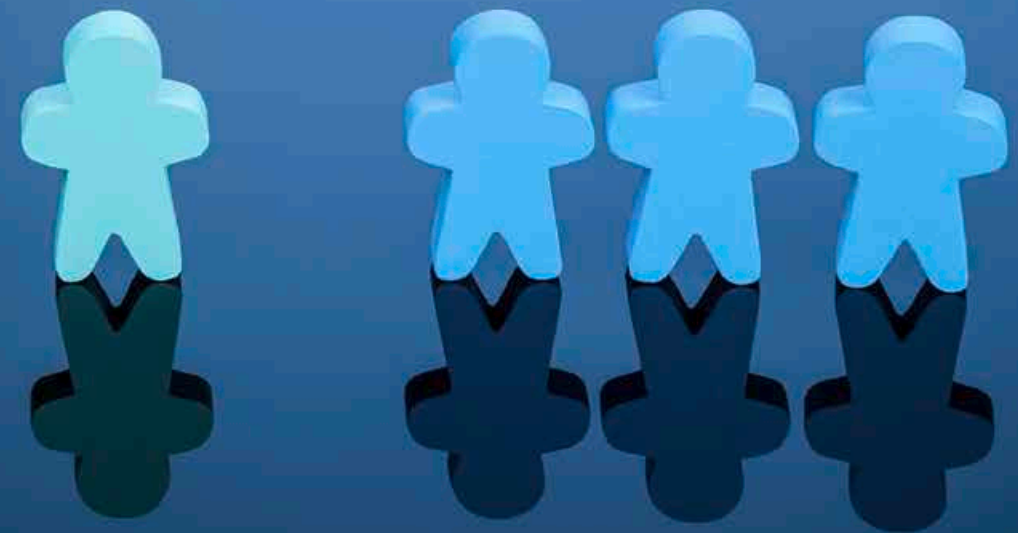
JÜRGEN P. LANG /// Populist zu sein, ist modern geworden – und für den einen oder anderen eine Tugend. Wer sich so nennt, sieht sich als wahrer Demokrat, als Anwalt der Volksinteressen, als Beschützer der Wir-Identität aller Hinters-Licht-Geführten vor korrupten Machthabern. Der moderne Populismus ist aber mehr: Er will eine völlig neue Gesellschaft. Hauptziel seines Angriffs ist der Liberalismus. Aus dieser Perspektive erscheint er nicht mehr nur als neues Phänomen. Er steht in derselben geistigen Tradition wie der Extremismus.

Alexander Gauland und Chantal Mouffe: Zwei Köpfe, wie sie verschiedener nicht sein könnten. Der eine weit rechts, die andere weit links. Und doch haben sie viel gemeinsam. Sie sind Strategen des Populismus. Sie predigen Abschtotung, Konfrontation und den Umbruch der Gesellschaft. Für den früheren

CDU-Funktionär Gauland ist die rechtspopulistische AfD das Experimentierfeld, für die belgische Politologin Mouffe die linkpopulistische Bewegung Podemos in Spanien. Beide setzen die inzwischen in der Politikwissenschaft weitgehend anerkannte Definition in die Tat um, die Populismus als Gegensatz eines aufrechten „Volkes“ und eines korrupten „Establishments“ beschreibt. Gauland stellt allerdings klar, dass es ihm gar nicht darum geht, für das gesamte Volk zu sprechen.¹ Populismus bedeutet Inklusion und Teilhabe nur für einige, für andere Ausgrenzung aus einer vordefinierten Gemeinschaft.

Es **GIBT** sowohl links- wie rechtsgerichteten Populismus.

Populismus mit Ausgrenzung zu bekämpfen, ist keine wirksame Lösung. Es braucht Ursachenforschung und vor allem Aufklärung.



Sowohl Gauland als auch Mouffe nennen diese Gemeinschaft „Volk“. Doch kaum ein Begriff ist so unbestimmt wie dieser. Während man ihn rechtsaußen zum Teil ethnisch-kulturell füllt und eine innere Homogenität anstrebt, lässt Mouffe kulturelle Binnenpluralität zu. „Volk“ ist für sie eine eher technische „Konstruktion [...] eines kollektiven Willens, die eine neue hegemoniale Formation hervorbringen kann“², eine Gegenmacht gegen die unterstellte Vorherrschaft des „Neoliberalismus“. Analytisch ertragreicher ist es, anstatt die ungenügend konturierte Volksvokabel zu bemühen, von der Vorstellung oder Verwirklichung einer Wir-Identität zu sprechen, der ein gemeinsamer Wille zugemessen wird. Die rechtspopulistischen Regierungen in Polen und Ungarn zeigen ebenso wie die linkspopulistischen in Venezuela und Bolivien, dass sie einer solchen, unterschiedliche Interessen einblendenden Identität nur mit Meinungsregulierung und Beschränkung der Rechtsstaatlichkeit näherkommen, ohne sie zu erreichen. „Am Ende scheitert jeder populistische Konstitutionalismus damit, das eigene demokratische Versprechen einzulösen.“³

Vollstrecker der Demokratie?

Manche Forderungen der AfD – unter anderem für mehr direkte Demokratie – legen den unerschütterlichen Glauben an einen bestimmten Willen des „Volkes“ (als dessen alleiniger Vollstrecker sie sich sieht) an den Tag. Andernfalls könnte die Partei kaum mit breiter Brust behaupten, Verfassungsänderungen durch Plebiszite schoben „der Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere nationale Institutionen über die Köpfe der Bürger hinweg“ einen Riegel vor. Die populistische Stoßrichtung ein-

schlägiger Initiativen ist offenkundig. Am „Schalthebel der staatlichen Macht“ sitze ein politisches Kartell, behauptet die AfD. „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“⁴

Besonders in den Positionen des radikalen „Flügels“, einer formal aufgelösten, gleichwohl einflussreichen Gruppierung in der Partei, wird der Übergang des Populismus zur Demokratiefeindschaft deutlich: „Und nachdem wir die finanziellen Futtertröge der Parteien ausgetrocknet haben, nachdem wir unser Volk wieder mit der Demokratie versöhnt haben [und] auch zu nationalen Fragen zu den Wahlurnen bitten mittels Volksentscheiden, nachdem wir die Bestenauslese wieder sichergestellt haben, danach müssten wir wieder einen Politikertypus installieren, für den vor allem eins im Mittelpunkt steht: [...] der Dienst für Volk und Vaterland.“⁵ Das Zitat entstammt einer Rede des führenden Flügel-Vertreters Björn Höcke, den offenkundig weit mehr umtreibt als die Verwirklichung eines angeblichen Volkswillens. Der Vision der von einem einmaligen Plebiszit bestätigten „Bestenauslese“ hingen schon Vertreter der Konservativen Revolution an, eine die Neue Rechte nach 1945 befruchtende rechtsextremistische Denkströmung der Zwischenkriegszeit. Die damaligen

Der ÜBERGANG zur Demokratiefeindschaft zeigt sich vor allem bei den radikalen Abspaltungen und Strömungen.

Protagonisten sprachen der repräsentativen Demokratie ab, „Eliten hervorzuheben“, und träumten von einer „Verbindung aus charismatischer Herrschaft und plebiszitärer Legitimation“⁶.

Feindbild Liberalismus

Die populistische Wir-Identität entsteht nicht von selbst, etwa, weil sich mehrere Menschen zu etwas zugehörig fühlen, sondern sie gewinnt erst durch die Konstruktion eines Feindbildes Kontur. Das „Establishment“ ist nichts anderes als eine unter mehreren populistischen Chiffren angeblicher Bedrohungen. Als alternative Codes fungieren „Neoliberalismus“, „Multikulturalismus“, „Tiefer Staat“, „Meinungsdiktatur“, „Transhumanismus“, „Finanzoligarchie“ oder „Patriarchat“. Diese vielfältigen Projektionen verschmelzen und totalisieren Populisten zu einem angeblich mächtigen Gegner. Die antidemokratischen Motive sind offenkundig. Ein freiheitliches System delegitimiert die rechte Seite als „Demokratatur“, die linke als „Kapitalherrschaft“. Gemeinsam ist beiden die Gegnerschaft zum Liberalismus. Dem Rechtspopulismus galt und gilt gesellschaftliche Freiheit, Pluralismus und Individualismus im Kern als Mittel der Zersetzung und Zerstörung der Wir-Identität. Demgegenüber setzt die linke Variante Liberalismus mit einer „herrschenden“ Ideologie der Ausbeuter und Unterdrücker gleich.

Um sich selbst als „wahre Volksvertreter“ glaubhaft zu machen, koppeln Populisten die Demokratie vom Liberalismus ab. Zu diesem Zweck bietet der negativ besetzte, enge und oft unspezifische Begriff des Neoliberalismus, verbreitet mit ungezügelter Kapitalismus identifiziert, ein probates Mittel, Liberalismus als Gesellschaftsideal und als

Verfassungsprinzip zu diskreditieren. Kritik am Neoliberalismus erfährt breiten Zuspruch und verspricht populistischer Propaganda fette Beute auch in der Mitte der Gesellschaft.

Historisch gesehen gingen Liberalismus und Demokratie in der Tat getrennte Wege, bevor sie im modernen Verfassungsstaat zusammenfanden. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete der Liberalismus eine „rechte“, eher konservative Strömung, die, auch aus dem Kalkül der Besitzstandswahrung und -mehrung heraus, Freiheiten

Populisten brauchen für die Erzeugung ihres „Wir-Gefühls“ ein FEINDBILD.

des Bürgertums einforderte und nicht zuletzt deshalb in Deutschland maßgeblich zur Bildung eines geeinten Nationalstaats beitrug, allerdings nicht in völkisch-romantischem, sondern in konstitutionellem Sinne.⁷ Demgegenüber wurde die konkurrierende demokratische Idee von einer „linken“, oft revolutionären Bewegung zugunsten einer Ausdehnung der Mitbestimmung durch das Volk getragen.

Chantal Mouffe hält das Ineinanderfließen beider Ideen für „kontingent“. Das heißt, ihrer Meinung nach hätte es auch anders kommen können oder besser sollen. „Die Erkenntnis, dass die Institutionen der liberalen Demokratie mit ihrem speziellen menschenrechtlichen Vokabular [...] das Ergebnis [...] einer

historischen Artikulation in einem ganz bestimmten kulturellen Kontext sind, sollte uns unmissverständlich vor Augen führen, dass es keinen Grund gibt, diese Institutionen als notwendige Vorbedingung für Demokratie darzustellen.“⁸ Mouffe dividiert auseinander, was als System wechselseitiger Sicherungen funktioniert. Wenn Jan-Werner Müller schreibt, die „Antwort auf die Defizite des Liberalismus ist die Demokratie“⁹, gilt das auch umgekehrt: Der Liberalismus als elementarer Wert des Rechtsstaats schützt Minderheiten vor der „Tyrannei der Mehrheit“ (Alexis de Tocqueville) und den Einzelnen vor der Macht der Kollektive (und des Staates). Das ist Populisten, die Volkssouveränität zur Festschreibung eines nicht revidierbaren, einheitlichen Willens missbrauchen wollen, ein Dorn im Auge.

Partikularismus contra Universalismus

Rechtspopulisten werfen ihren Gegnern „Hypermoralität“ vor und haben damit leichtes Spiel. Debatten um ethisch schwierige Fragen wie Abtreibung, militärische Friedenseinsätze oder Tierschutz werden oft mit moralischen Argumenten ausgefochten und entziehen sich damit einer sachlichen Diskussion. Wer die Moral hinter sich weiß, kann sich leicht über sein Gegenüber erheben. Die AfD hat diese Zusammenhänge gut erkannt. Sie eröffnen ihr die Möglichkeit, die Agitation gegen „Gesinnungsmainstream“, „Meinungsdiktatur“ oder „Rot-grüne-Bevormundung“ zu untermauern. Doch der Partei geht es nur vordergründig um die Rettung eines freien gesellschaftlichen Diskurses. Sie ist vielmehr darauf aus, universell gültige Werte auf diese Weise als „Tyrannei“ eines gegnerischen ideologischen Lagers hin-

zustellen. Es fällt auf, dass das Grundsatzzprogramm der Partei zu Menschenrechten schweigt, abgesehen von zwei Forderungen: Abtreibungen dürften nicht Menschenrecht werden und „Menschenrechte und unsere Werte“ sollten der „Religionsausübung“ Schranken setzen. Hier wird eine bezeichnende Trennung vorgenommen: „Unsere Werte“ sind offenkundig etwas Anderes als allgemein gültige Menschenrechte.

Universalismus und Kosmopolitismus bekämpfen Populisten mit der Kultivierung abgeschotteter (Opfer-)Identitäten und riskieren dadurch bewusst oder unbewusst den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bedienen sich ideologischer Filtrate der Neuen Rechten bzw. der postmarxistischen Linken. Die „Strategie“ des Partikularismus liegt im Trend neuer Formen der Radikalisierung, wobei beide Seiten die jeweiligen Identitäten ganz unterschiedlich formen. Rechtsaußen wird die ethnisch-kulturelle Herkunft zum Kriterium der Zugehörigkeit und der als „deutsch“ definierte Teil der Bevölkerung zum Opfer eines imaginierten universellen Plans zum „Austausch“ der „Angestammten“. Demgegenüber „kämpfen Teile der revolutionären Linken bevorzugt um Sonderrechte kleinster Minderheiten. Dabei geht es nicht um das Ende ihrer Diskriminierung, sondern [ebenfalls] um [...] die Tribalisierung der Gesellschaft.“¹⁰ Sowohl links- als auch rechtspopulisti-

Als Strategie wird auf **PARTIKULARISMUS** gesetzt.

sche Identitätsfixierungen – wobei sich nicht die Frage stellt, wohin man gehören will, sondern wohin man gehören soll – sind anfällig für extremistische Ideologisierungen. Weil sie nur durch möglichst scharfe Ab- und Ausgrenzung existieren können, wohnt ihnen das Moment der Ungleichwertigkeit der Menschen inne.

„Europa der Vaterländer“

Nach einer sehr langen Zeit populistischer Strohfeuer reiht sich Deutschland mit der AfD in Philip Manows Schematisierung einschlägiger Parteien in Europa ein. Manow stellt Rechtspopulismus in den Wohlfahrtsstaaten des Nordens als Reaktion auf die Migration in die Sozialsysteme dar, während in den südlichen Ländern Linkspopulisten Protektionismus gegen freien Warenimport propagierten. In Italien (Süd) und Frankreich (Nord) ist die Links-Rechts-Differenz weniger ausgeprägt, weil jeweils zwei populistische Parteien unterschiedlicher Richtung miteinander konkurrieren: dort Lega Nord und Cinque Stelle, hier Rassemblement National und La France Insoumise. „Der gemeinsame Nenner von Europas rechten wie linken Populisten ist [...] ihre ausgeprägte Integrations skepsis.“¹¹ Manow bezieht sich auf die europäische Integration, während er zu Recht kulturelle „Überfremdung“ oder Globalisierung als allgemein gültige Gründe für das Aufkommen des Populismus zurückweist.

Sowohl bei linken als auch bei rechten populistischen Parteien drücken sich die Abwehrreaktionen gegenüber transnationalen Mächten wie der EU in unterschiedlichen Forderungen nach Stärkung nationalstaatlicher Souveränität aus. Im Europawahlkampf ging die AfD dabei weit über die verbreitete Kritik an

Verfahren und Kompetenzen der EU hinaus, sie bestritt vielmehr die Legitimität der Union gleich doppelt. Erstens stellte sie deren demokratische Grundlagen in Frage: „Die politische Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt [...] gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen.“¹² Die Union solle in einem „Europa der Vaterländer“ auf eine „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“¹³ reduziert werden und jede Gesetz-

Sowohl Links- als auch Rechts-
populisten sind **GEGEN** die EU.

gebungskompetenz verlieren. Zweitens – und dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die ideologischen Prämissen der AfD – delegitimiert sie die EU, indem sie sie als „quasistaatlich“ bezeichnet und ihr staatliche Qualitäten rundweg abspricht: „Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität“. Das heißt, die AfD erhebt, unbeschadet der Tatsache, dass ein regionales Zugehörigkeitsempfinden ein europäisches keineswegs ausschließen muss, „kulturelle Identität“ zum Kriterium der Staatlichkeit.

Der Rückbau der EU in einen eher losen Verbund souveräner Einzelstaaten ist kein exklusiver Ausweis des Rechtspopulismus. Wer die einschlägigen Dokumente der Europäischen Linken (EL) Revue passieren lässt, erkennt

über die Jahre hinweg „eine stärkere Gewichtung souveränistischer Positionen“¹⁴. Nachdem 2015 das überschuldete Griechenland die Forderungen der Eurogruppe akzeptiert und im Jahr darauf die Briten für Brexit gestimmt hatten, was zwar kritisiert, aber als Ausdruck antikapitalistischen Protests gewürdigt wurde, plädierte die EL „für einen Sozialvertrag zwischen den souveränen und solidarischen Völkern Europas. Europa muss zu einer Union der Nationen und Völker werden, deren Souveränität respektiert wird“¹⁵. Auch der sogenannte „Plan B für Europa“, den der frühere Chef der Linken, Oskar Lafontaine, 2015 unter anderem mit Griechenlands Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis und Jean-Luc Mélenchon, später Gründer der linkspopulistischen Partei La France Insoumise, formulierte, zielte gar auf die vollständige Zerschlagung der EU: „Wir sind entschlossen, mit diesem Europa zu brechen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und Ländern auf neuer Basis wiederaufzurichten.“¹⁶ „Zusammenarbeit“ heißt: An Stelle der EU soll keine neue Union mit festen Strukturen entstehen. Das entspricht der rechtspopulistischen Vorstellung eines „Europas der Vaterländer“ eins zu eins, wenn gleich auf anderer ideologischer Basis.

Die Fallstricke des Populismus

Vielfach wird Populismus als Ausdruck einer Repräsentationskrise der Demokratie gedeutet. Was als Symptom ernst genommen werden sollte, hilft als Therapie freilich wenig. Populismus kann nicht bei der Kultivierung des Unmuts und des Protests stehen bleiben. Er muss, um ernstgenommen zu werden und dauerhaften Bestand zu haben, eine

Machtperspektive eröffnen und die Frage beantworten: Wie soll die Gesellschaft der Zukunft aussehen? Das Angebot radikaler Strategien von links wie von rechts kommt Populisten wie gerufen und befriedigt obendrein die vielzitierte Nachfrage nach einfachen Lösungen. Damit wird Populismus nicht zum Reparaturbetrieb für freiheitliche Demokratien, sondern ihr Totengräber. Wer in Liaison mit radikalen Entwürfen (vermeintliche) Defizite der Repräsentation des Volks beheben will, bekommt möglicherweise eine Gesellschaft, in der sich die Frage der Repräsentation gar nicht mehr stellt, weil das Volk entmündigt ist. Wir müssen lernen, mit dem Populismus zu leben, denn er gehört zu einem freiheitlichen Gemeinwesen, ist Teil demokratischer Auseinandersetzung und Selbstverständigung. Gefährlich wird er dann, wenn Demokraten die Logik der Eskalation und Konfrontation mitmachen. Auf diese Weise tragen sie selbst zur Radikalisierung des Populismus bei.

Es Populisten mit gleicher Münze der Ausgrenzung heimzuzahlen, kann für Demokraten keine Lösung sein. Parteien wie die AfD profitieren immens von denjenigen, die glauben, an der Nase herumgeführt zu werden, die den Eindruck nicht loswerden, andere entschieden über ihre Belange, die „sich in ihrer Meinung stigmatisiert und ent-

Populisten **PROFITIEREN** von den Menschen, die glauben, an der Nase herumgeführt zu werden.

fremdet wahrnehmen“¹⁷. Dieses große Potenzial traut den Nachrichten der großen Medien nicht mehr und noch weniger dem Staat oder der Demokratie. Es baut Parallelwelten auf, taucht in Verschwörungstheorien ein und entledigt sich auf diese Weise der Werte der Demokratie. Die Populisten holen diese Menschen ab, weil Anti-Populisten sie oft allein lassen. Wer die nicht ökonomisch oder materiell, aber gesellschaftlich abgehängten Wähler rechtspopulistischer Parteien pauschal in die „Nazi“-Ecke abschiebt, macht es sich bequem. Aber er grenzt ebenfalls aus und trägt nichts zur Problemanalyse und Ursachenforschung bei. ///



/// DR. JÜRGEN P. LANG
ist Politikwissenschaftler und forscht zu Extremismus, Populismus und Ideengeschichte, München.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Gauland, Alexander: Populismus und Demokratie, in: Nation, Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge, herausgegeben von Alexander Gauland, Schnellroda 2019, S. 30
- ² Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, Frankfurt am Main 2018, S. 57.
- ³ Blokker, Paul: Populism as a Constitutional Project, Manuskript, 8.11.2018, S. 1.
- ⁴ Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin 2016, S. 15.
- ⁵ Höcke, Björn: Rede am 22.12.2014 in Stuttgart, [youtu.be/YhYCrQR-xBI](https://www.youtube.com/watch?v=YhYCrQR-xBI), 25:08.
- ⁶ Weißmann, Karlheinz: Elite, in: Lexikon des Konservatismus, hrsg. von Caspar von Schrenck-Notzing, Graz/Stuttgart 1996, S. 154.
- ⁷ Vgl. Gall, Lothar: Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, München 1996, S. 190-202.
- ⁸ Mouffe, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken, Berlin 2014, S. 66.
- ⁹ Müller, Jan-Werner: Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus, Berlin 2019, S. 102.
- ¹⁰ Van Hüllen, Rudolf: „Vergesst die Aufklärung!“ Ideologische Umbrüche im revolutionären Linksextremismus, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 31, 2019, S. 72.
- ¹¹ Manow, Philip: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018, S. 131.
- ¹² Programm für Deutschland, S. 32 f.
- ¹³ AfD: Programm für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019, Berlin 2019, S. 11, das folgende Zitat S. 9.
- ¹⁴ Hildebrandt, Cornelia: Zur parteipolitischen Linken in Europa, in: Europe – what’s left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, hrsg. von Mario Candeias und Alex Demirović, Münster 2017, S. 243.
- ¹⁵ Politisches Dokument des EL-Kongresses: Europa neu gründen. Neue progressive Bündnisse schaffen, Manuskript o. D., 2015.
- ¹⁶ Lafontaine, Oskar/Varoufakis, Yanis/Konstantopoulou, Zoe/Mélenchon, Jean-Luc/Fassina, Stefano: Ein Plan B für Europa, Manuskript, 12.9.2015.
- ¹⁷ Friess, Hans-Jürgen/Neu, Viola: Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet, Sankt Augustin/Berlin 2018, S. 38.

/// Merkmale und Konsequenzen populistischer Kommunikation

POPULISMUS UND MEDIEN

BENJAMIN KRÄMER / DESIRÉE SCHMUCK /// Populistische Parteien und Führungspersönlichkeiten wollen nicht nur an den Parlamenten oder Gerichten vorbei regieren, wie es in Ungarn oder Polen versucht wird, sondern auch an den kritischen Medien vorbei kommunizieren, wie der Social-Media-Erfolg vieler rechtspopulistischer Parteien und Personen zeigt. Gleichzeitig möchten sie es trotzdem gerne mit provokanten Äußerungen in die etablierten Medien schaffen. Wie genau kommunizieren sie, und ist ihr Verhältnis zu den Medien nicht komplexer, als ihre manchmal schroffe Medienkritik impliziert?

Populistische Kommunikation

Die wissenschaftliche Literatur definiert Populismus unter anderem als Ideologie, als Strategie zur Maximierung des Wahlerfolgs oder als politischen Stil. Gegen-

stand dieses Beitrags soll die populistische Kommunikation sein, in der das Herzstück des Populismus, die konstruierte Zweiteilung zwischen dem „Volk“ und „den anderen“, ausgedrückt wird. Obwohl Populismus häufig einzelnen Parteien zugeschrieben wird, lässt sich populistische Kommunikation nicht auf Individuen oder Parteien, ja nicht einmal auf die Politik im Allgemeinen beschränken, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Akteure – in der Politik, den Medien und der Bevölkerung – können populistisch kommunizieren, wobei Kanäle und Motive variieren.

Populistische Kommunikation
ist ein **GESAMTGESELLSCHAFTLICHES**
Phänomen.



Die Feder führen und Meinung machen... auch mit zündenden Worten und Sprache kann man Brandherde legen.

Quelle: iStock.com/Studio_Serge_Aubert

Um populistische Kommunikation zu identifizieren, werden zentrale inhaltliche Aspekte unterschieden. Erstens, die Fokussierung auf das Volk, welches als tugendhafte homogene Gruppe angesehen wird. So haben z. B. populistische Gruppierungen den Slogan „Wir sind das Volk“ übernommen. Zweitens, die Kritik der Eliten als abgehoben, realitätsfremd oder gar indoktrinierend, illegitim oder korrupt. Manchmal gleicht die Kritik beinahe einer Personifikation des Bösen (z. B. wird Angela Merkel teilweise regelrecht dämonisiert), wobei hier sowohl politische, wirtschaftliche, intellektuelle Eliten, aber auch die Medien Ziel dieser Angriffe sind. Schließlich, drittens, die Forderung nach mehr Macht für das Volk bzw. die unbedingte Durchsetzung des behaupteten „wahren“ Willens des Volkes. Damit verbindet sich auch oft eine Feindseligkeit gegen supranationale (z. B. „Mehr für Bürger. Weniger Brüssel“) sowie solche Institutionen, die auf Gewaltenteilung, unabhängige Kontrolle, Minderheiten- und Freiheitsrechte gerichtet sind.

Populismus ist prinzipiell eine themen- und ideologieübergreifende Art, Politik zu betreiben und zu kommunizieren. In Deutschland ist er aber vor allem in Form eines zu einer Ideologie verdichteten Rechtspopulismus präsent und hinsichtlich des Gefahrenpotenzials, für die Demokratie, v. a. aber auch durch seine ausgrenzenden und menschenfeindlichen Elemente, bedeutender als der Linkspopulismus. Rechtspopulismus ist gesellschaftspolitisch konservativ. So wird z. B. der „Genderwahn“ traditionellen Geschlechtervorstellungen gegenübergestellt. Er sieht aber die herrschenden Eliten nicht mehr als vertrauenswürdige Autoritäten an und fürchtet, dass der Status quo bereits in

In **DEUTSCHLAND** tritt überwiegend der Rechtspopulismus in Erscheinung.

Richtung einer Hegemonie eines feindlichen linken Lagers gekippt ist. Ferner fasst der Rechtspopulismus das Volk streng ethnisch bzw. kulturell auf und definiert (ethnische, aber z. B. auch geschlechtliche) Minderheiten heraus, ja will Zuwanderung mit fast allen Mitteln verhindern oder gar teilweise rückgängig machen.

Diese inhaltlichen Merkmale können sich in der Kommunikation verschiedener Akteure wiederfinden. In diesem Beitrag sollen im Folgenden jene herausgegriffen werden, die den vermutlich stärksten Einfluss auf die öffentliche Meinung ausüben: die Politik und die Medien.

Populistische Kommunikation in der Politik

Politische Akteure sehen sich nicht selten mit dem Vorwurf konfrontiert, populistisch zu sein. Doch wie populistisch im Sinne unserer Begriffsbestimmung ist die Kommunikation der deutschsprachigen Politik tatsächlich? Zieht man zur Beurteilung der politischen Kommunikation die zuvor erwähnten inhaltlichen Elemente des Populismus heran, zeigen Studien, dass populistische Inhalte tatsächlich häufiger in der Kommunikation von Parteien des extrem rechten und sehr linken Spektrums vorkommen. Auffällig ist jedoch, dass abstrakte populistische Aus-

sagen in sozialen Medien in Wahlkampfzeiten unter allen Parteien häufiger vorkommen, was auf die durchaus strategische Verwendung populistischer Kommunikation hindeutet.

Die bisherige Forschung zeigt, dass die Elitenkritik das am häufigsten verwendete Merkmal populistischer Kommunikation ist. Sind die betreffenden politischen Akteure nicht selbst in der Regierungsverantwortung, richtet sich diese Kritik dabei meist gegen die amtierenden Regierungsparteien. Angriffe erfolgen jedoch auch auf supranationale Institutionen wie die Europäische Union und nicht zuletzt auf die Medien.

Auch etablierte Parteien berufen sich natürlich gerne auf „den Volkswillen“ zur Legitimation ihrer Politik und möchten ab und an paradoxerweise auch den Eindruck erwecken, nicht zum Establishment zu gehören, und Missmut gegen „die da oben“ nutzen. Rechtspopulistische Parteien treiben dies deutlich weiter und sprechen den „Systemparteien“ oft gänzlich die Legitimität ab, außer man wirbt gerade um eine Zusammenarbeit, und neigen zum verschwörungstheoretisch gesteigerten Misstrauen gegen tragende Institutionen.

In der bisherigen Literatur wurde auch eine Vielzahl an stilistischen Aspekten mit populistischen Inhalten in Verbindung gebracht, von denen nur die wichtigsten herausgegriffen werden sollen. Populistische Kommunikation zeichnet sich in erster Linie durch eine starke negative Tonalität aus, was der Angriffslogik des Populismus geschuldet ist. Zudem ist die populistische Kommunikation durch eine „Wir gegen die anderen“-Rhetorik geprägt. Das „Wir“ bezieht sich dabei auf das Volk, dessen Grenzen mit der jeweiligen Definition der „anderen“ variieren.

Als weitere typische stilistische Merkmale können das Berufen auf den Hausverstand bzw. den „kleinen Bürger von der Straße“ gesehen werden. Auch eine gezielte Provokation in Verbindung mit bewussten Doppeldeutigkeiten, die sogenannte kalkulierte Ambivalenz, findet sich in vielen wissenschaftlichen Werken als zentraler populistischer Kommunikationsstil wieder. Eine provokante Aussage wird dabei – nachdem sie für Empörung und mediale Aufmerksamkeit gesorgt hat – in der Folge wieder revidiert und umgedeutet. Ein Beispiel dafür ist der Slogan der FPÖ, „Mehr Mut für unser ‚Wiener Blut‘. Zu viel Fremdes tut niemandem gut“, dem eine nationalsozialistische Diktion nachgesagt wurde, welche von der FPÖ jedoch vehement bestritten wurde. Auf

Ein **MERKMAL** populistischer Kommunikation ist die „Wir gegen die anderen“-Rhetorik.

diese Weise bewegen sich (rechts-)populistische Parteien häufig – bewusst – in einem moralischen, gar gesetzlichen Graubereich und können sich zugleich als Opfer von Denk- und Sprechverboten stilisieren.

Die Grenzen des (medien-)öffentlich und erst recht des im kleineren Kreis Sagbaren waren wohl nie so eng, wie oft unterstellt wird, aber im Rechtspopulismus versucht man, diese Beschränkungen von Diskursen zu verschieben, im Extremfall bis hin zur Relativierung des

Nationalsozialismus, da der „Nazivergleich“ als Damoklesschwert über dem ganzen politischen Lager schwebt. Es ist kein Widerspruch dazu, dass man zugleich Anschluss an eine gesellschaftliche Mitte sucht – man beschreibt sich als „bürgerlich“, „konservativ“ und „liberal“ –, denn auch dies ist eine von verschiedenen Strategien der Normalisierung des Rechtspopulismus.

Passend zu ihrer Ideologie und zu strategischen Zwecken kritisieren populistische Persönlichkeiten und Parteien auch immer wieder die etablierten Medien, betreiben also Anti-Medien-Populismus. Zunächst passt es zum rechtspopulistischen Weltbild, die typische Elitenkritik auch auf den Journalismus zu übertragen: Er produziere nur noch Propaganda im Dienste einer letztlich linken Elite bzw. sei selbst ein Teil dieser abgehobenen Elite, welche die „normale“ Bevölkerung missachte und indoktrinieren wolle.

Für die eigene politische Kommunikation fühlen sich rechtspopulistische Parteien und Führungspersonal durchaus noch auf die etablierten Medien angewiesen, wollen aber Druck ausüben, dass diese anders mit ihnen umgehen. Die Forschung zu rechtspopulistischer Medienkritik hat zwei Paradoxien herausgearbeitet, die sich durch diese Strategien ergeben: Erstens werden die etablierten Medien von populistischer Seite scharf kritisiert, aber man nutzt die Plattform, die sie bieten wie z. B. die öffentlich-rechtlichen Talkshows, gerne und teilt ihre Berichte auf den sozialen Medien, sofern sie in das eigene Weltbild passen.

Zweitens werden journalistische Normen gegen den Journalismus gewendet, obwohl man nicht uneingeschränkt bereit ist, sich selbst auf die li-

beralen und pluralistischen Grundideen hinter diesen Normen festzulegen. Man appelliert an die Ausgewogenheit und sieht sich als Opfer unfairer Berichterstattung und bei Kritik in seiner Meinungsfreiheit bedroht.

Die populistische Kommunikation kritisiert und nutzt die etablierten Medien **ZUGLEICH**.

Neben diesem ambivalenten Verhältnis zum etablierten Journalismus versuchen rechtspopulistische Persönlichkeiten, Parteien und auch Bewegungen, diesen auf sozialen Medien zu umgehen und auch neue, journalistische bzw. journalismusähnliche Alternativmedien zu etablieren. Beide Strategien erschließen einerseits zweckdienliche neue Plattformen und senden andererseits eine ideologische Botschaft: Man kommt ohne die Etablierten aus und diesen soll misstraut werden (siehe die vielen „Fake News“- und Lügenpresse-Rufe).

Auf den sozialen Medien lässt sich überdies ein scheinbar direktes Verhältnis zur Bevölkerung inszenieren. Botschaften können ohne journalistische Filterung verbreitet werden, bleiben aber natürlich trotzdem vermittelt durch die jeweiligen Plattformen. Selbst wenn Emotionalisierung und Provokation auf sozialen Medien Aufmerksamkeit erwecken, könnte man sogar behaupten, dass seitens des Rechtspopulismus die Potenziale dieser Plattformen gar nicht ausgeschöpft werden. Statt echter Inter-

aktivität und offenen, gleichrangigen Diskursen bleibt es oft bei einer Einwegkommunikation.

Gewisse Technologien, die derzeit besonders als Werkzeuge des Rechtspopulismus gelten (ob zu Recht, ist schwer zu prüfen) wie z. B. Social Bots, stünden letztlich allen politischen Lagern offen. Insgesamt sollte man auch vorsichtig sein, den momentanen Erfolg rechtspopulistischer Parteien auf sozialen Medien ihren überragenden kommunikativen Fähigkeiten zuzuschreiben. Zwar haben sie im Laufe der Zeit gewisse Strategien erlernt und können bzw. wollen sich auch mehr trauen als etablierte Parteien, gleichzeitig ist aber auch ihre Basis, wenn sie sich im Aufwind fühlt, wohl einfach enthusiastischer als die etablierter Parteien, was sich in der Kommunikation auf sozialen Medien widerspiegelt.

Populismus in und durch Medien

Wie tragen die Medien selbst zum (Rechts-)Populismus bei? Zur Beantwortung dieser Frage muss man unterschiedliche Ebenen unterscheiden. Zunächst wenden sich viele etablierte Medien im deutschsprachigen Raum gegen den organisierten Rechtspopulismus und seine Ideologie, wenn sie in Meinungsbeiträgen Stellung beziehen. Nur selten kommt es zu Allianzen, wenn z. B. einzelne Zeitungen rechtspopulistische Führungsfiguren „hochschreiben“, gegen Kritik verteidigen oder ihnen unkritisch eine Plattform bieten.

Neuerdings hat sich die Forschung durchaus kritisch mit dem verbreiteten Antipopulismus liberaler, auch medialer Eliten auseinandergesetzt: Er vernachlässigt problematische Aspekte rechter Ideologien wie etwa Rassismus, relativiert die Gefahr des Rechtspopulismus

durch eine Gleichsetzung eines Rechts- und Linkspopulismus und laufe auf rein technokratische Politik hinaus.

Medien können jedoch auch selbst zu populistischen Akteuren werden – dies wurde von einigen als Medienpopulismus im engeren Sinne bezeichnet, also als Populismus durch die Medien. Einzelne Medienpersönlichkeiten oder -organe machen sich selbst zum Sprachrohr der „einfachen Leute“, wenden sich gegen die (anderen) Eliten, wollen Gemeinschaftsgefühl stiften, aber grenzen Minderheiten aus.

MEDIEN selber können auch zu populistischen Akteuren werden.

Aber auch ohne populistische Führungspersonal und Parteien positiv zu würdigen oder selbst populistisch zu agieren, kann der Journalismus zur Präsenz des Populismus in den Medien beitragen, indem er entsprechende Personen und Standpunkte zu Wort kommen lässt. Sie werden dann mehr oder weniger als Teil des legitimen politischen Spektrums behandelt, als Positionen, die dann im Zuge ausgewogener Berichterstattung berücksichtigt werden. In vielen Ländern gab es jedoch nie einen „cordon sanitaire“ rund um extrem rechte Parteien oder ein existierendes hat sich mit der Zeit aufgelöst. Das Prinzip, solche Parteien kaum zu beachten und politisch nicht mit ihnen zu kooperieren, wurde also mehr oder weniger aufgegeben. Umgekehrt ist es schwer,

plötzlich ganz anders mit bereits etablierten Parteien umzugehen, etwa sie bewusst auszugrenzen, wenn ihr extremer Charakter immer offenkundiger wird.

Schließlich befördern die Medien den Rechtspopulismus zumindest auf indirekte Weise, indem sie entsprechende Themen und Problemdefinitionen setzen. Politische Auseinandersetzung beginnt nicht erst mit den Lösungen von Problemen, sondern bereits mit dem Versuch, durchzusetzen, was überhaupt als Problem gelten soll. Wenn vor allem Probleme mit Bezug auf Minderheiten thematisiert werden, die Eliten vor allem für solche Probleme verantwortlich gemacht werden oder ansonsten pauschal ihre Abgehobenheit beschworen wird, dann sind das Themensetzungen und Problemdefinitionen, die der Berichterstattung einen tendenziell eher rechtspopulistischen Einschlag geben. Es soll jedoch daran erinnert werden, dass etwa Elitenkritik ein legitimes Thema, ja eine Funktion der Medien ist und dass es auch nichtpopulistische Arten gibt, Eliten zu kritisieren. Wenn also z. B. Zuwanderung vor allem im Kontext von Kriminalität thematisiert wird und nicht etwa in Bezug darauf, wie Mehrsprachigkeit optimal gefördert werden könne, geht es nicht nur um verschiedene Antworten auf ein (vermeintlich) selbstverständliches Problem, sondern darum, welche und wessen Problemdefinition sich damit als eine legitime, richtige und wichtige durchsetzt.

Die Empfänglichkeit der Bevölkerung für (rechts-)populistische Kommunikation

Wenn man Populismus nicht als das definiert, was durch hinterlistige rhetorische Tricks bei der Bevölkerung gut ankommt, sondern als spezifische Kom-

munikationsweise, dann besteht zunächst kein Grund, warum er über alle Bevölkerungsgruppen hinweg eine besondere kommunikative Macht entwickeln sollte. Jedoch lässt die bestehende Forschung vermuten, dass manche Personengruppen empfänglicher für populistische Inhalte sind als andere. Elitenkritik und die Forderung nach mehr Macht für das Volk treffen insbesondere bei jenen Menschen einen Nerv, die sich nicht ausreichend durch etablierte Institutionen repräsentiert oder sich gegenüber anderen Gruppen benachteiligt fühlen. Eine solche Situation ruft nicht nur Frustration hervor, sondern begünstigt auch Konflikte zwischen als gegensätzlich wahrgenommenen Gruppen wie z. B. Ressentiments gegenüber Zugewanderten, was wiederum einen Nährboden für die Inhalte rechtspopulistischer Kommunikation bietet.

Ein **NIEDRIGERER** Bildungsstatus erhöht die **Empfänglichkeit** rechtspopulistischer Aussagen.

Zudem zeigen Studien, dass Personen mit niedrigerer formaler Bildung empfänglicher für rechtspopulistische Botschaften sind, wobei „Bildung“ dabei nicht unbedingt nur für den Einfluss von Bildungseinrichtungen und ihrer Inhalte steht, sondern Anzeichen verschiedener Aspekte des sozialen Status ist. Aus ökonomischer Sicht lässt sich dieser Zusammenhang durch die stärkere wahrgenommene Konkurrenz mit

Zugewanderten um Arbeitsplätze oder Sozialleistungen in niedriger gebildeten Bevölkerungssegmenten erklären, was dazu führt, dass die exklusionistische Kommunikation auf fruchtbaren Boden trifft, sofern das Denken in diesen Gruppeneigenschaften – Einheimische versus Zugewanderte – bereits irgendwie verankert ist. Ein niedrigerer bzw. abstiegsbedrohter sozialer Status hängt auch tendenziell mit einem stärkeren Beharren auf traditionellen Lebensweisen und Werten, stärker autoritären Gesellschaftsvorstellungen und einer geringeren Akzeptanz kultureller Unterschiede zusammen. Das kann dazu führen, dass kulturelle Liberalisierung und Zuwanderung in diesen Segmenten der alteingesessenen Bevölkerung als stärkere Bedrohung der eigenen Identität empfunden werden und Wahlslogans der AfD wie „Deutsche Leitkultur! Islamfreie Schulen“ auf stärkeren Anklang in dieser Personengruppe treffen.

Allerdings sind rechtspopulistische Parteien keinesfalls die neuen „Arbeiterparteien“ und Rechtspopulismus nicht schlicht eine Ideologie der „Ungebildeten“, sondern solche Einstellungen sind in allen sozialen Klassen und Bildungsschichten vertreten und damit ein Phänomen der gesellschaftlichen Mitte.

Rechtspopulistische Parteien schaffen es, einem Teil der Bevölkerung zu vermitteln, dass zumindest stellvertretend für sie politisch gehandelt wird, sie sich repräsentiert fühlen oder die Eliten per Wahlzettel oder Social-Media-Posts abstrafen dürfen. Zugleich bringen diese Parteien vormals noch diffuse Ressentiments in scheinbarem Klartext auf den Punkt: Die Eliten, die Minderheiten usw. sind schuld!

Ein abstrakter Populismus im Sinne von Anti-Elitismus und einer Wahrneh-

mung fehlender Repräsentation ist wohl in der Bevölkerung weit verbreitet und wird von vielen Parteien im politischen Spektrum gelegentlich ausgenutzt. Prinzipiell ist der Rechtspopulismus auch anschlussfähig an die unterschiedlich starken vorurteilsbehafteten und autoritären Einstellungen in weiteren Teilen der Bevölkerung. Jedoch sollte man nicht vergessen, dass die extrem rechte Variante auch auf energische Ablehnung stößt und dadurch polarisiert.

Strategien gegen (Rechts-)Populismus

Ein sinnvolles Mittel zur Eindämmung der Wirkung von Populismus scheint die Befähigung der Menschen zum reflektierten und kompetenten Umgang mit populistischen Botschaften zu sein. Über Fachwissen sowohl in den durch populistische Parteien und Persönlichkeiten gerne bedienten Themenbereichen wie Migration oder dem Klimawandel zu verfügen sowie die typischen Inhalte und Stile der populistischen Kommunikation zu kennen, könnte Personen schon einmal davor schützen, anfällig für populistische Botschaften zu werden.

Die Frage, wie mit populistischen Botschaften und den damit oft verbundenen Parteien und Bewegungen umgegangen werden soll, stellt sich jedoch

Eine wirksame Strategie gegen populistische Kommunikation ist eine rationale und **AUFKLÄRENDE** Argumentationsführung.

auch auf Ebene der politischen Akteure. Eine mögliche, in der wissenschaftlichen Literatur beschriebene Variante zum Umgang mit Populismus ist die Delegitimierung, wobei die Unvereinbarkeit des Programms der jeweiligen Bewegung oder Partei mit demokratischen Prinzipien betont wird. Eine weitere Strategie ist die Isolierung populistischer Parteien, indem selbige gezielt von Regierungskoalitionen ausgeschlossen oder gemeinsame Auftritte vermieden werden. Schließlich ist eine durchaus zur Anwendung kommende, jedoch weniger empfehlenswerte Strategie, Populismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, was bedeutet, auf stilistisch populistische Kommunikation ebenso zu reagieren. Insgesamt lässt sich aus der wissenschaftlichen Literatur jedoch die Empfehlung ableiten, populistischen Botschaften besser mit rationalen, argumentbasierten Appellen zu begegnen, freilich ohne dabei diskriminierende Positionen durch intensive Diskussion als normale bedenkenswerte politische Alternativen zu legitimieren und zu bestärken.

Menschen, die tief in einem rechtspopulistischen Weltbild verwurzelt sind, wird man jedoch nicht durch einzelne argumentative Beiträge oder durch einmalige Schlagfertigkeit überzeugen, sondern hier bedarf es einer langfristigen Strategie des Umgangs mit dem Rechtspopulismus, welche seine Macht im politischen System und seine gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen begrenzt und so zu einer gelingenden wirklich demokratischen Sozialisation aller Bevölkerungsgruppen beiträgt.

Häufiger wird auch inhaltlich versucht, die Themen des Rechtspopulismus zu besetzen. Das Konzept der „issue ownership“ beschreibt jedoch den Effekt, dass diejenigen Parteien von der Präsenz

eines Themas profitieren, die damit bereits besonders stark assoziiert werden (umgangssprachlich oft so formuliert, dass die Menschen „das Original wählen“). Diese Strategie ist also gefährlich, auch da wenig gewonnen wäre, wenn andere Parteien die Politik rechtspopulistischer Parteien, selbst in abgeschwächter Form, umsetzen würden.

Die Medien wiederum sollten sich von der scharfen Kritik nicht vor sich hertreiben lassen und vorauseilend die Einseitigkeiten überkompensieren, die ihnen vorgeworfen werden. Sie müssen eine klare Unterscheidung treffen, die nichts mit Gesinnungsjournalismus zu tun hat: Hier der legitime Meinungsstreit mit unterschiedlichen Perspektiven, dort menschenfeindliche und antidemokratische Bestrebungen, den gleichberechtigten Diskurs mit strategischen Umdeutungen zu beherrschen, eindeutige Unwahrheiten zu verbreiten und Zweifel an der Demokratie zu säen. Die Medien sollten, wie auch die Politik selbst, die diskriminierenden rechtspopulistischen Positionen nicht als alternative Lösungen, beliebige strategische Optionen im politischen Spiel oder als etwas provokante Beiträge zu einem lebhaften Diskurs normalisieren.

Die journalistische Selbstreflexion kann sich nicht nur auf den unmittelbaren Umgang mit rechtspopulistischen

Die Medien müssen kritische **SELBSTREFLEXION** bezüglich ihres Umgangs mit dem Rechtspopulismus und seinen Akteuren betreiben.

Akteuren konzentrieren, sondern muss auch Themensetzungen und Framing bedenken, dem Rechtspopulismus eine echte Perspektivenvielfalt und fundierte Kritik entgegenzusetzen und greifbare Maßnahmen für eine freiheitliche, demokratische und solidarische Gesellschaft aufzeigen. ///



/// PD DR. BENJAMIN KRÄMER
ist am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München tätig.



/// AKADEMISCHE RÄTIN A. Z.
DR. DESIRÉE SCHMUCK
ist am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München tätig.

/// Klare Kante zeigen

STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG VON POPULISMUS

FLORIAN HARTLEB /// Politische Strategie erfordert politische wetterfeste Führung und Geschlossenheit – zumal in unruhigen Zeiten und in einem sich abzeichnenden Krisenmodus. Populisten gelten oft als Krisengewinnler. Die Ereignisse in Thüringen verdeutlichen die Notwendigkeit eines Kompasses. Gerade deshalb ist es wichtig, Distanz zu den Rändern von rechts wie links zu wahren.

Was ist Strategie?

„Wer nicht weiß, nach welchem Hafen er steuern will, kennt keinen günstigen Wind.“ Nach diesem klugen Ausspruch des römischen Dichters und Philosophen Seneca (ca. 1-65 n. Chr.) ist das Ziel der Ausgangspunkt für erfolgreiche Steuerung, ob in der Wirtschaft, im Sport oder in der Politik. Strategie wird als Begriff in all diesen Bereichen mehr oder weniger elaboriert verwendet. In der Wirtschaft findet man den Begriff als Modeerscheinung in der so genannten Unternehmens- und Strategieberatung. Im Segelsport wird neben einer Wettfahrt-Taktik, die sich während den Wettfahrten etwa durch Windrichtungswechsel ständig ändert, vor einer Regatta eine Strategie entwickelt. Diese soll dabei Wind-, Wellen- und Strö-

mungsverhältnisse, die während der gesamten Regatta herrschen, antizipieren. Es geht aber auch darum, die Anzahl und Stärke der Gegner im Feld zu berücksichtigen, und in Bezug zur eigenen Zielsetzung für alle Wettfahrten zu setzen. Im Rahmen des Regattasports ist also ziemlich klar, was eine Strategie und was eine Taktik ist.

Gerade in der Politik findet eine Abgrenzung des Strategiebegriffs vielfach

Der Strategiebegriff wird **UNTERSCHIEDLICH** definiert.



Die Populisten beherrschen das Spiel mit der Angst und zücken bewusst diese Karte.

nicht statt. Er stammt eher aus der politischen Praxis, getreu dem Motto „Wer gewählt werden will, muss klar vermitteln, wie er sein Ziel erreichen will“ und hat wenig theoretische Reflektion erfahren.¹ Die Notwendigkeit steigt aber, da Populismus offenbar weniger eine Ideologie, sondern eine chamäleonhafte politische Strategie ist, die sich gegen „Die-da-oben“ und „Die-da-draußen“ wendet und politisches Kapital aus der Schaffung von Feindbildern und Vorurteilen schlägt, also auf Exklusion statt Inklusion setzt.²

Es besteht Konsens, dass Mittel-Umwelt-Kalkulationen ebenfalls einfließen sollen sowie eine Ausrichtung jenseits von situativen Handlungen. So mündet die Verwendung des Begriffs häufig in den Versuch, einfache Zielfor-

mulierungen mit der Aura des überlegten Handelns oder der langfristigen Planung auszustatten. Für Demokraten bedeutet das in erster Linie, die Mitte zu stärken und vor Radikalisierungstendenzen von rechts wie von links zu warnen. Konkret: Klare Kante ist hier ebenso gefragt wie politische Führung, zumal in stürmischen Zeiten. Dazu zählt Geschlossenheit, eine unbedingte Voraussetzung für Strategiefähigkeit. Populismus ist dabei die zentrale Herausforderung, der als „Wolf im Schafspelz“ oftmals auch Radikalismus bedeutet. Wahlerfolge in den meisten europäischen Ländern machen das Thema besonders relevant. In Deutschland gab es zunächst nur kurzzeitig und begrenzt erfolgreiche Phänomene wie etwa ab Ende der 1980er-Jahre die

„Republikaner“ um den bayerischen Fernsehjournalisten Franz Schönhuber oder 2001 die Schill-Partei. Mittlerweile trat das ein, was kein Experte angesichts der deutschen Geschichte vermutet hatte. Eine Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), sitzt im Bundestag und in allen Landesparlamenten. Sie ist damit kein Strohfeuer, sondern ein gesamtdeutsches Phänomen, auch wenn sie in Ostdeutschland fast den Status einer Volkspartei hat.

2016 schlug angesichts der Wahl von Donald Trump, der immensen Flüchtlingsherausforderung (mit der Folge, dass rechtspopulistische Parteien reüssierten) und des Brexit-Referendums die „Stunde der Populisten“.³ Mittlerweile wird diskutiert, ob damit der Zenit erreicht ist. Immerhin haben sich manche Parteien wie die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) entzaubert, was auch an klugen Innovations- und Modernisierungsstrategien der Volksparteien, hier seitens der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in Person von Sebastian Kurz, lag. Bei der jüngsten Europawahl von 2019 schnitten die Populisten schlechter ab, als sie vollmundig ankündigten und viele Medienbeiträge voraussagten.

Die besonderen neuen Konstellationen in einer globalisierten Welt – erneuter Migrationsdruck, die Corona-Krise und die sich abzeichnende Rezession, ein erneuter Stabilitätsdruck für den

Die derzeitigen Krisen spielen der ANGSTSTRATEGIE der Populisten in die Hände.

Euro – dürften aber dafür sorgen, dass die Erfolgswelle angesichts der permanenten Stresstests nicht abreißen wird, da Populisten Angstverstärkung zum Geschäftsmodell erkoren haben.

Strategien gegen Populismus

Wie sieht aber eine erfolgreiche Strategie aus? Sollte man sich alleine dem medial goutierten „Kampf gegen rechts“ verschreiben, oder auch die Herausforderungen auf der linken Seite im Auge behalten? Man denke etwa an die Ausschreitungen von Linksextremen beim G-20-Gipfel in Hamburg oder jüngst in Hamburg oder Berlin, aber auch an den Radikalismus innerhalb von „Fridays for Future“.

Präzedenzfall „Thüringen“ und die Frage der Hufeisentheorie

Als besonders prägnantes Lehrstück kann hier die Landtagswahl von Thüringen dienen. Nach der Wahl im Oktober 2019 entstand ein Machtvakuum, so dass es zu einem historischen „Sündenfall“ kam. Der amtierende Ministerpräsident der Linken, Bodo Ramelow, stand mit keiner Mehrheit zur Wahl. Die AfD überrumpelte die anderen Parteien und unterstützte gemeinsam mit der CDU den FDP-Abgeordneten Thomas Kemmerich. Nach einem öffentlichem Aufschrei musste dieser binnen 48 Stunden zurücktreten. In der CDU brach ein offener Konflikt zwischen Landes- und Bundespartei aus, mit der Folge, dass die Bundesvorsitzende Anngret Kramp-Karrenbauer ebenso ihren Rücktritt erklärte wie der Protagonist im Land, Mike Mohring. Die CDU selbst hatte, nach einem Wahlergebnis, das die CDU mit 21,8 % sogar hinter der AfD zurückfallen ließ (23,4 %), wenig Handlungsoptionen.

Dass die Distanz zur AfD eingehalten werden muss, steht außer Frage. Zu radikal ist die Partei geworden, zumal in Thüringen Björn Höcke verantwortlich zeichnet. Dieser völkisch-nationale Flügel um ihn wird nach einem umfassenden Bericht nun auch vom Verfassungsschutz, also mit nachrichtendienstlichen Mitteln, beobachtet. Diese wichtige Distanz zum Radikalismus von rechts sollte aber nicht dazu führen, das von den Politikwissenschaftlern Uwe Backes und Eckhard Jesse maßgeblich geprägte Hufeisenmodell, also die prinzipielle Gleichbehandlung jeder Form des Extremismus im Sinne eines gleichen Abstandes, aufzugeben und sich damit allein auf den „Kampf gegen rechts“ zu fokussieren. Das fordern nun die Linke ebenso wie Teile der Öffentlichkeit. So twitterte Katja Kipping, Co-Vorsitzende der Linken: „Die Verständigung in Thüringen hat historische Dimension: Damit ist die von CDU praktizierte Äquidistanz faktisch erledigt. Goodbye Hufeisentheorie. Dass CDU endlich die Ausgrenzung linker Ideen korrigiert, ist eine gute Nachricht für den antifaschistischen Konsens des Grundgesetzes.“

Das ist aber falsch und ein Beipflicht wäre für Bürgerliche fatal. Das Grundgesetz beruht auf einem antiextremistischen Konsens, der eben auch eine Distanz zum Linksextremismus fordert. Kippings Vorstandskollege Bernd Riexinger verdeutlichte fast zeitgleich die Relevanz der Theorie. Er sah tatenlos vom Podium aus zu, als eine Teilnehmerin auf einer Parteikonferenz in Kassel sagte, dass man die Energiewende auch „nach einer Revolution, wenn wir ein Prozent der Reichen erschossen haben“, gestalten müsse. Abschließend äußerte er lediglich den Satz:

„Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie für nützliche Arbeit ein.“ Nicht nur das. Im Rahmen der Konferenz wurde auch ein Strategiepapier veröffentlicht. Einige Formulierungen, die über antikapitalistische Kampfrhetorik hinausgehen, machen selbst den „Spiegel“ stutzig. So heißt es etwa beim Thema Mauertote, hier trage in Wahrheit der Westen die Verantwortung. Auf Seite 556 steht: „Die DDR war ein Kind des Kalten Krieges. Sie kämpfte in ihm, und sie war sein Opfer. Er formte das Antlitz der DDR, schuf die ‚Mauer‘. Die Schüsse an der Grenze waren die Antwort auf die Politik der BRD und ihrer Verbündeten, die DDR durch die Abwanderung vieler ihrer Bürger auf die Knie zu zwingen. Alle zusammen haben wir schließlich unter den Untaten Stalins gelitten. Sie haben uns die moralische Glaubwürdigkeit genommen.“⁴

Links- wie Rechtsextremismus müssen GLEICHERMAßEN bekämpft werden.

Das Thema wird uns weiter beschäftigen, da die Meinungsfreiheit in einer hysterischen Republik ernsthaft zur Disposition steht: „Offenbar hat der Aufstieg der AfD dem Diskursklima in Deutschland geschadet: sowohl durch Meinungsäußerungen von AfDlern, als auch durch die Mittel, mit denen insbesondere Identitätslinke den Kampf gegen rechts führen.“⁵ Schon allein aus Ansehensgründen kann sich Deutschland auf Bundesebene nicht leisten, dass

Linke wie AfD in irgendeiner Regierungskonstellation eingebunden werden. Das gilt auch für ein theoretisch mögliches Tolerierungsmodell einer Minderheitsregierung. Diese Variante ist gleichwohl ob des deutschen Stabilitätstraumas wenig wahrscheinlich. Bürgerliche Kräfte sollten einen faustischen Pakt mit der Linken scheuen.

Machtstrategische Optionen

Viele Menschen wählen populistische Parteien aus Protest, weniger aus Überzeugung. Sie wollen einen Denkkzettel verpassen und glauben nicht daran, dass sich die Forderungen eins zu eins umsetzen lassen oder dass das Führungspersonal besonders verantwortungsvoll mit dem Wählervotum umgeht. Von der Politik haben sie ein schlechtes Bild: abgehobenes Elitenkartell, Besitzstandswahrer, weit entfernt von den Bedürfnissen des „kleinen Mannes“ oder schlicht des Normalbürgers. Das zeigt sich etwa bei der AfD: Die Mehrheit ihrer Wähler ist allgemein unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Diese Befunde sind bekannt und belegt, aber was folgt daraus für die Parteien der Mitte?

Für den Umgang mit Populisten bieten sich fünf verschiedene strategische Optionen an. Den Stein des Weisen gibt es aber nicht. Hier ist auch der Zeitpunkt wichtig, wann welche Karte gezückt werden soll:⁶

- Ignorieren („Aussitzen“),
- strikte Ausgrenzung („Verteufelung“),
- thematische Annäherung,
- Tolerierung durch populistische Parteien oder
- Koalition („mit der Hoffnung auf Entzauberungseffekte“).

Die etablierten Parteien können versuchen, die Parteienkonkurrenz schlichtweg zu ignorieren und damit das Problem einfach „auszusitzen“. In der Tat gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass sich die populistischen Kräfte selbst entzaubert haben. Oftmals wollen rechtspopulistische Parteien gar nicht regieren. Das Programm der AfD etwa ist nicht koalitionsfähig und auch nicht darauf angelegt. Das gilt auch für die Linke,

Die PARTEIEN verfolgen mehr oder weniger erfolgreiche Bekämpfungsstrategien.

wenn man etwa ihre sicherheitspolitischen Positionen und ihre Nähe zu sozialistischen Diktatoren berücksichtigt. Mitunter entpuppen sich populistische Kräfte als unbedarfte Politikamateure, die an Querelen und Richtungsstreitigkeiten zugrunde gehen. Besonders eindrucksvoll zeigte das der österreichische Vizekanzler und Vorsitzende der FPÖ, der in das „Ibiza-Gate“ verwickelt war und durch offenkundig gewordene Korruption eine Staatsaffäre verursachte. Hier war die Strategie also richtig, die FPÖ als Juniorpartner einzubinden („Drachentötereffekt“).

Eine auf dem ersten Blick erfolgsversprechende Strategie ist es, thematische Forderungen der rechtspopulistischen Formationen zu übernehmen. Dieser Punkt ist besonders heikel. David Cameron scheiterte auf ganzer Linie mit seiner Strategie, durch ein Refe-

rendum die Euroskeptiker in seinen Reihen zu befrieden sowie die Konkurrenz der UK Independence Party (UKIP) in den Griff zu bekommen. Die Büchse der Pandora war geöffnet. Er wirkte zudem durch seine eigene Europapolitik wenig glaubwürdig, kurz vor der Abstimmung gegen einen Brexit zu wettern. Auch die Flüchtlingsherausforderung hat gezeigt, dass es kein Patentrezept ist, die AfD in ihren Forderungen nachzuahmen.

Strategische Überlegungen der Wähleransprache

Seit dem Untergang der Weimarer Republik und dem Aufstieg von Adolf Hitler herrscht das Bild vor, autoritäre oder totalitäre Bewegungen entstünden auf Grund von wirtschaftlicher Depression, die sich in hoher Arbeitslosigkeit und anderen Erscheinungen wie Inflation spiegle. Diesem Befund widerspricht aber, dass Rechtspopulisten auch dort Erfolg haben, wo die wirtschaftliche Lage gut ist, etwa in Skandinavien, Österreich, der Schweiz und nun auch in Deutschland. Hier haben besonders Mittelschichten Angst vor dem sozialen Abstieg. Die AfD kann Wähler aus allen Parteien für sich gewinnen und vor allem Nichtwähler mobilisieren. Ein europäischer Trend: Es ist den Rechtspopulisten schlichtweg gelungen, Wähler aus allen sozialen Schichten zu rekrutieren. Sie sind inzwischen dort verankert, wo sich Wähler entweder durch weitere Einwanderung bedroht fühlen oder sie dem Handeln des politischen Establishments zu Hause und auf europäischer Ebene überdrüssig sind. Der Erfolg von Europas Rechtspopulisten gründet sich aber vor allem auf einer negativen Sicht der gegenwärtigen und zukünftigen politischen wie wirtschaftlichen Lage.

Hier gibt es einen merkwürdigen Widerspruch: Obwohl es ihnen mitunter gut geht, herrscht unter den Wählern populistischer Parteien die Meinung vor, mit dem eigenen Land und der Gesellschaft gehe es bergab. Nach dem Motto: In der Vergangenheit lief vieles besser, in der Zukunft schwane hingegen Böses: Europäisierung und Globalisierung hätten fast nur negative Seiten.

Vielleicht liegt der Erfolg der Schwarzmaler im Zeitgeist: Ist „Rechts“ das neue „Grün“? Zumindest in Westeuropa gibt es die Interpretation, den Aufstieg der Rechtspopulisten als Gegenbewegung zur 1968er-Bewegung und zu den „Grünen“ zu interpretieren. Immerhin haben soziale Bewegungen progressive Politik wie Umwelt, Frieden, Emanzipation und Feminismus sowie Toleranz für gleichgeschlechtliche Lebensformen auf die gesellschaftliche wie politische Agenda gebracht – Errungenschaften, die Rechtspopulisten oftmals in ihrer Programmatik bekämpfen. Gerade das grassierende „Gender-Mainstreaming“ ist ihnen ein Feindbild. Für die USA und Europa sehen vergleichende Studien die kulturelle Frage als Zündstoff, die längst wichtiger als das wachsende sozio-ökonomische Gefälle geworden ist.⁷ Hinzu kommt ein nostalgischer Moment, eine Sehnsucht nach den guten, alten Zeiten, als die Welt noch überschaubar war.

„SCHWARZMALEREI“ könnte den derzeitigen Aufstieg des Rechtspopulismus befördert haben.

Aus den europäischen Erfahrungen erweisen sich folgende populäre Gegenstrategien im Umgang mit Populisten oftmals als falsch, wirken also kontraproduktiv:

- **Therapeutischer Ansatz:** „Wir müssen die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen ernst nehmen“.
Bewertung: Hier wird ein bemutertes Überlegenheitsgefühl konstruiert, welches das Urteil bestärkt, die Elite sei arrogant.
- **Schlichtes Lamentieren:** „Ob Trump, Russlands Propaganda, etc. – Fakten zählen nichts mehr, deshalb sind wir hilflos den Populisten ausgeliefert“.
Bewertung: Damit gibt man das Feld der politischen Auseinandersetzung auf, resigniert im Grunde.
- **Beschwichtigungsrhetorik:** „Die Populisten entzaubern sich durch Politikunfähigkeit von selbst, sind ohnehin Eintagsfliegen“
Bewertung: Die empirischen Beispiele in Europa und Deutschland beweisen das Gegenteil.
- **„Dummheitsvorwurf“:** „Die Wähler der Populisten seien einfach schlicht, gar dumm“.
Bewertung: Das beleidigt eine situativ unzufriedene Bevölkerungsgruppe, mit der Gefahr, sie dauerhaft zu „entfremden“;
- **„Extremismusvorwurf“:** „Die Rechtspopulisten sind Faschisten oder Extremisten, gar ‚neue Nazis‘, eine Schande“.
Bewertung: Das treibt den Kräften noch mehr Wähler zu. Freilich ist auf die Radikalisierung der AfD, einzelne Formulierungen („NS-Zeit als ‚Vogelschiss der Geschichte‘“, Alexander Gauland) und die nun einsetzende Beobachtung des völkischen Flügels

durch den Verfassungsschutz deutlich hinzuweisen.

- **Komplexitätsfalle:** „Die politischen Probleme oder Herausforderungen sind so komplex geworden, dass sie der Normalbürger nicht mehr verstehen kann“.

Bewertung: Das schürt die Sehnsucht nach Vereinfachung, für die Populisten stehen.

Freilich währt in einer hektischen, virtuell beschleunigten Welt die Aufmerksamkeitsspanne für Ereignisse oder Herausforderungen nur kurz. Allgemein lässt sich durch ein Denken in Ein- und Zweijahresprojekten ein Nachhaltigkeitsverlust in allen Bereichen der Gesellschaft feststellen. Der Vorwurf an die Politik, lediglich bis zur nächsten Wahl zu denken, ist hier nicht neu und hat mitunter populistische Züge. Den-

In Politik und Gesellschaft macht sich ein **NACHHALTIGKEITSVERLUST** bemerkbar.

noch lässt sich ein eklatanter Mangel der Politik darin festzustellen, Eventualitäten einzukalkulieren. Um Szenarien besser vorhersehen zu können, gilt es, kreativ und offen für Alternativen zu sein. Vor kurzem äußerten viele Politiker aus den Reihen der Großen Koalition, die Flüchtlingsherausforderung sei bewältigt – ein fataler Trugschluss, der jetzt in einem Bumerang-Effekt zurückkommt.

Als zielführend erweist sich folgender Leitfaden:

- **Selbstbewusstsein:** Demokraten müssen von ihren Ideen überzeugt sein, um überzeugen zu können. Nur mit dem Glauben an die eigene Stärke kann den Populisten Einhalt geboten werden. Hier zählen Traditionslinien, Leistungsbilanzen und Werte – allerdings nur, wenn sie weniger technokratisch und mehr emotional vorgebracht werden.
- **Agenda-Setting:** Wer Chancenthemen wie Klima (jenseits von Greta Thunberg) und Digitalisierung entdeckt, hat einen klaren Wettbewerbsvorteil. Hier sollte durchaus betont werden, dass der Freistaat Bayern vorausschauend das erste Umweltministerium in Deutschland einrichtete, ebenso nun das erste fachübergreifende Digitalisierungsministerium. Der politische Diskurs verengt sich dann nicht auf EU, Finanzmärkte, Migration, Flüchtlinge, Terrorismus und die schwierige weltpolitische Gemengelage.
- **Unterscheidbarkeit:** Momentan verläuft die politische Auseinandersetzung zwischen den „guten Demokraten“ (in Deutschland zählt nun im öffentlichen Diskurs oft auch die Linke dazu) und den „bösen Populisten“. Wichtiger wäre, den Markenkern stärker herauszustreichen, etwa christ- und sozialdemokratische Politikansätze stärker voneinander abzugrenzen. Wichtig ist es auch, neue Koalitionsmodelle zu entwickeln, da die Bundesrepublik wohl dauerhaft zum Sechsparteiensystem geworden ist.
- **Differenzierung:** Es gibt nicht „den“ (Rechts-)Populismus, ebenso wenig „den“ Wutbürger. Anders als im Jahr

2016 sollten nicht Trump, Orbán, Le Pen & Co. in einen Topf geworfen werden. Gerade ein Viktor Orbán ist Teil der europäischen Wertegemeinschaft, hat eine enge Beziehung zu Deutschland und Bayern. Die populistischen Kräfte sind immer noch tendenziell heterogen und widersprüchlich, es gibt eben keine Populistische Internationale. Mit einer zunehmenden Vernetzung untereinander holen sie nur eine Entwicklung nach, welche die anderen Parteien längst eingeleitet haben. Vor allem unterscheiden sich die Anti-Establishment-Formationen nicht nur in ihren Forderungen, sondern auch in ihrer Radikalität. Keineswegs alle Populisten sind Extremisten und eine Gefahr für die Demokratie an sich.

- **Entlarvung:** Auch wenn es in der Öffentlichkeit wenig beachtet wird, sollte die Parlamentsarbeit der Populisten genauer unter die Lupe genommen werden. Setzen diese ihre Vorgaben um, nehmen sie in Ausschüssen und Arbeitskreisen aktiv am parlamentarischen Leben teil? Immer wieder macht das Personal auf den Listen und in den Parlamenten durch Unerfahrenheit und Unprofessionalität von sich reden. Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe an „Aussteigern“ in den AfD-Fraktionen. Oftmals glänzen sie auch durch Abwesenheit und bringen ihre Kernthemen gar nicht ein.

Demokratische Parteien in politischer Verantwortung müssen soziale Exklusion durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit, lebenslange Abhängigkeit von Sozialleistungen, geringe oder gar keine Bildung oder die Verelendung ganzer Landstriche oder Stadtteile verhindern. Menschen, die sich abgehängt fühlen, zeigen

eine besondere Anfälligkeit für die einfachen „Antworten“ der Populisten. Fehlende Infrastruktur – Internetverbindung wie Busanbindungen – sorgten etwa dafür, dass die AfD im Bayerischen Wald überproportional viele Stimmen bekam. Die etablierten Parteien müssen nicht nur die Sorgen und Nöte der gesamten Bevölkerung ernst nehmen, sie müssen auch dafür Sorge tragen, dass Menschen Perspektiven, sinnvolle Arbeits-, Weiterbildungs- und Freizeitangebote vorfinden, d. h. dass sie Zugang zum sozialen Leben haben und daran teilnehmen können. Die Kraft der Vereine, von der Feuerwehr bis zum Schützenverein, muss weiterhin wirken. Dort sind Vertreter der AfD kaum zu finden.

Ein anderer Weg im Umgang mit Populisten besteht darin, ihre Propaganda direkt anzugreifen. Es ist daher umso mehr Aufgabe besonders der christdemokratischen Parteien, der Öffentlichkeit zu zeigen, worin das Programm der Populisten wirklich besteht, nämlich in meist inhaltsleerer Propaganda ohne den geringsten Ansatz eines Lösungsvorschlags. Wenn es um Gegenwartsthemen wie die digitale Transformation von Staat und Gesellschaft (gerade, nachdem soziale Kontakte zum Risikofaktor geworden sind) geht, haben Populisten wenig anzubieten. Die alten Rezepte der Volksparteien greifen auch im Zeitalter der Sozialen Medien: Führung statt basisdemokratischer Träumereien, Geschlossenheit, Identifikation und eine klare Strategie. Dann lassen sich auch die Wind-, Wellen- und Strömungsverhältnisse navigieren – auch in Zeiten des Coronavirus, dessen Verbreitung sich nur durch eine „splendid isolation“ eindämmen lässt. Hier kommt die Identität⁸ ins Spiel. Zu „Hause ist aller Anfang“⁹ und „Verzögerung ist Leben“,

Die **INHALTSLEERE** Propaganda der Populisten muss klar aufgezeigt werden.

wie sich die konservative Philosophie von Lord Salisbury (1830-1903), langjähriger Premierminister von Großbritannien, zusammenfassen lässt.

Gerade in einer Krise zeigt sich, dass populistische Parteien wenig oder lediglich absurdes anzubieten haben. Mart Helme, Innenminister Estlands und Vorsitzender der radikal-rechtspopulistischen Partei, riet etwa nach Ausbruch von Corona seiner Bevölkerung allen Ernstes dazu, wieder die alten Hausmittel zu verwenden. Wickel und warme Socken hätten schließlich in seiner Jugend auch gewirkt.¹⁰ Fest steht: Auch in einer globalisierten Welt verlangt nicht jedes Problem eine globale Lösung. Das ist eine Chance, denn Populisten tragen nichts zur Lösung der globalen, aber auch der nationalen und regionalen Probleme bei. ///



/// DR. FLORIAN HARTLEB
ist Politikwissenschaftler und -berater, Managing Director Hanse Advice, Tallinn/Estland, derzeit Lehrbeauftragter an der Katholischen Universität Eichstätt sowie an der Hochschule der Polizei Sachsen-Anhalt.

Anmerkungen

- ¹ Als erstes Standardwerk zum Thema Raschke, Joachim / Tils, Ralf: Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007. Der Begriff wird nicht einmal in einschlägigen Lexika der Politikwissenschaft erwähnt.
- ² Vgl. Weyland, Kurt: Populism. A Political-Strategic Approach, in: The Oxford Handbook of Populism, hrsg. von Kaltwasser, Cristóbal Rovira u. a., Oxford 2017, S. 48-71.
- ³ Hartleb, Florian: Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Schwalbach am Taunus 2017.
- ⁴ Siehe dazu Hartleb, Florian: Goodbye Hufeisen, in: Tagespost. Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur vom 12.3.2020, S. 4.; vgl. zum Dokument im Original auf den offiziellen Seite der Partei, Die Linke: Strategiedebatte, Kassel 2020, https://strategiedebatte.die-linke.de/fileadmin/download/strategiedebatte2020/Reader/Reader_Strategiedebatte.pdf, Stand: 16.3.2020.
- ⁵ Kostner, Sandra: Keine Meinungsfreiheit ohne ein Klima der Freiheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 70/2020, S. 8-11, hier S. 9 f.
- ⁶ Vgl. Grabow, Karsten / Hartleb, Florian: Europa – Nein Danke? Studie zum Aufstieg nationalpopulistischer Parteien in Europa, Sankt-Augustin / Berlin 2013, S. 34-42.
- ⁷ Vgl. Inglehart, Ronald / Norris, Pippa: Trump, Brexit and the Rise of Populism. Economic Haves and Cultural Backlash, Harvard Kennedy School, Working Paper, Cambridge / Massachusetts, August 2016, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2818659, Stand: 1.3.2020.
- ⁸ Siehe hier das grundlegende Buch von Fukuyama, Francis: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Identität gefährdet, dt. Übersetzung, Hamburg 2019.
- ⁹ So das Kapitel bei Scruton, Roger: Von der Idee, konservativ zu sein, dt. Übersetzung, München 2019, S. 45-61.
- ¹⁰ Auf einer Pressekonferenz am 27.2.2020, Delfi.ee, „Eine Erkältung wird nun Coronavirus genannt“ (auf estnisch), <https://www.delfi.ee/archive/print.php?id=89066557>, Stand: 16.3.2020.

/// Alte Trends und neue Prioritäten

DEUTSCHE AUßENPOLITIK NACH CORONA

THOMAS ERNDL / HANNES PICHLER /// Im Februar 2014 forderten Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Deutschland weltweit mehr Verantwortung übernehmen müsse. Diese Einigkeit galt fortan als „Münchner Konsens“ für ein stärkeres Engagement der deutschen Außenpolitik. Seit der Corona-Krise ist die Weltlage deutlich unübersichtlicher geworden. Jetzt stellen die Folgen der Corona-Krise die internationale Politik vor zusätzliche Herausforderungen. Deshalb gilt noch mehr als zuvor: Wir müssen unsere Interessen klarer definieren, Prioritäten setzen und entschiedener handeln.

Wohin driftet die Welt?

Die Corona-Krise hat die Welt fest im Griff. Ganze Volkswirtschaften wurden zurückgefahren, der internationale Handel ist eingebrochen, die Prioritäten der Politik haben sich innerhalb weniger Tage radikal verändert. Doch während diese Gesundheitskrise in absehbarer Zeit bewältigt sein dürfte, werden die Folgen nachwirken. Schon jetzt zeigt sich, dass die Corona-Krise neue Dynamiken entfaltet und zu veränderten

Grundsatzdebatten in der europäischen sowie internationalen Politik führen wird. Darunter: Wie ist es wirklich um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union (EU) und um die europäische Solidarität bestellt? Welche Abhängigkeiten von internationalen Märkten und fernöstlichen Produktionsstandorten können wir uns erlauben? Wie steht es wirklich um unsere Sicherheit – und was definieren wir eigentlich als „Sicherheit“?



Die Rivalität zwischen den USA und China dürfte sich durch Corona weiter verschärfen und die internationale Politik maßgeblich prägen.

Die Antworten auf diese Fragen werden wichtig dafür sein, wie sich die internationale Politik in den nächsten Jahren gestalten und wie sich Deutschland darin positionieren wird. Doch eines ist auch klar: Corona wird die Gesetze der Politik nicht grundsätzlich verändern. Die großen Trends der letzten Jahre werden sich auch nach Corona fortsetzen. Die großen Konflikte unserer Zeit sind nicht plötzlich entschärft, sondern zur Zeit aus dem Fokus geraten. Daher wird die bestehende internationale Ordnung auch weiterhin unter Druck sein. Realistisch betrachtet dürfte die Corona-Krise jetzt dazu führen, dass bereits zuvor bestehende Konfliktlinien noch deutlicher hervor-

Die **CORONA-KRISE** wird die Grundsatzdebatten in der internationalen Politik verändern.

treten und die großen Trends beschleunigt werden. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland diese Trends klar erkennt und Strategien entwickelt, um darauf zu reagieren. Was sind die Trends, die aus deutscher bzw. europäischer Perspektive besonders besorgniserregend sind?

Der „Westen“ verliert an internationaler Bedeutung und innerem Zusammenhalt

Diese Entwicklung wurde auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) 2020 unter dem Kunstbegriff „Westlessness“ diskutiert.¹ Tatsächlich lässt sich in den vergangenen Jahren ein schwindender Einfluss des westlichen Handelns auf globale Entwicklungen feststellen. In kaum einer Konfliktregion können sich Europäer untereinander oder im Verbund mit den USA auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Das hat enorme Konsequenzen für die Stabilität in unseren Nachbarregionen. Libyen und Syrien sind hierfür beste Beispiele. Entweder haben europäische Staaten unterschiedliche Interessen verfolgt (Libyen) oder ein Konfliktgeschehen viel zu lange ausgeblendet (Syrien).

Zugleich diskutieren die USA unter Präsident Donald Trump, aber auch schon zu Zeiten von Barack Obama eher über den (militärischen) Rückzug als über ein verstärktes internationales Engagement – die USA können oder wollen nicht mehr „Weltpolizei“ sein. Das verändert das internationale Spielfeld. Das fehlende Durchsetzen von „roten Linien“ bei den Giftgasangriffen in Syrien etwa hat Baschar al Assad zur Fortführung seiner Kriegstaktik ermutigt – und dazu beigetragen, dass sich Russland massiv in Syrien engagiert. Seitdem hat Moskau im Nahen Osten an Gestaltungsmacht deutlich hinzugewonnen. In Afghanistan sehen wir nur am Rande dabei zu, wie die USA mit den Taliban ein Abkommen schließen, welches die NATO und damit auch die Bundeswehr vor weitestgehend vollendete Tatsachen stellt. Sollte die Vereinbarung umgesetzt werden, müssen auch wir im Verbund mit NATO und den USA bis 2021 aus

Afghanistan abziehen. Auf die weitere Entwicklung in der Region werden wir dann deutlich weniger Einfluss haben.

Gleichzeitig nehmen die Spannungen innerhalb der Bündnisse und Organisationen zu, die maßgeblich vom Westen getragen werden bzw. Ausdruck westlicher Werte sind. Dass die NATO der Grundpfeiler der westlichen Sicherheitsarchitektur ist, stellt zwar keiner der Mitgliedsstaaten ernsthaft in Frage. Konstruktive Diskussionen um Erneuerung und Entwicklung wurden zuletzt aber häufig von den Forderungen nach dem Zwei-Prozent-Ziel überschattet. Die EU hingegen durchlebt derzeit einen besonderen Stresstest. Zu Jahresbeginn hat mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedsstaat die EU verlassen. Populisten schüren in vielen Mitgliedsstaaten anti-europäische und nationalistische Stimmung. Die Corona-Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen drohen die EU weiter zu spalten.

Die Spannungen innerhalb der Bündnisse, die **WESTLICHE Werte vertreten, nehmen zu.**

Die internationale Politik steuert einer Großmacht Konkurrenz entgegen

Die neue Strategie des US-Verteidigungsministeriums zeigte erstmals deutlich auf, dass die USA ihre Ressourcen künftig eher der wiederkehrenden Auseinandersetzung zwischen Großmächten widmen wird als etwa dem Kampf gegen den

Terrorismus oder Regionalkonflikten.² Im Fokus dabei: China und Russland, die auf verschiedenen Ebenen versuchen, die bestehende internationale Ordnung zu unterwandern und ihren Einfluss zu maximieren. Russland und China verfolgen dabei bei ähnlicher Zielsetzung andere Strategien: Während Moskau versucht, mit vergleichsweise geringen Mitteln und überschaubarem Aufwand größtmöglichen Schaden anzurichten, agiert Peking mit der größtmöglichen Demonstration wirtschaftlicher und militärischer Stärke.

Diese Tendenzen und das entstehende Konfliktpotenzial zeigen sich schon seit einigen Jahren. Ausdruck dafür sind beispielsweise der Handelskrieg zwischen den USA und China, die aggressive Strategie Chinas im südchinesischen Meer oder das Vordringen Chinas in Afrika und dem euro-asiatischen Raum durch die sogenannte „Seidenstraßen-Initiative“. Russlands Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim hingegen bleibt aus europäischer Perspektive das einprägsamste Vorgehen Moskaus gegen die klassische Ordnung. Die Kampagne zur Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016, die Unterstützung Assads in Syrien oder der Bruch des INF-Vertrages durch die geheime Entwicklung neuer Mittelstreckenraketen weisen beispielhaft in diese Richtung.

Die große Frage ist, wie sich dieses strategische Gerangel zwischen den USA, China und Russland auf Europa auswirken wird. Schon jetzt sehen wir, dass Europa zum Spielfeld der unterschiedlichen Interessen zu werden droht, während wir oft zu wenig Kraft aufwenden (können), um unsere eigene Position mit Stärke zu demonstrieren. Das liegt auch daran, dass wir innerhalb der EU bisher keine einheitliche außenpolitische

Positionierung gegenüber China und Russland haben. Das versuchen Peking und Moskau geschickt zu ihren Gunsten auszunutzen, wie zuletzt in der Corona-Krise. Während sich die EU in der Krise noch sortierte, schickten Russland und China einige Hilfsgüter, begleitet von einer großen propagandistischen Inszenierung. Die innereuropäischen Hilfen überwogen faktisch natürlich sehr deutlich. Gleichwohl war der Schaden angeordnet und vielerorts Zweifel gegenüber der EU genährt worden, während sich Moskau und Peking erneut als scheinbare Alternativen zur EU anboten und der bisherige Partner USA allzu sehr mit sich selbst beschäftigt war.

Europa mangelt es an außenpolitischer **GESTALTUNGSKRAFT.**

Irreguläre Phänomene wie Terrorismus und Migration nehmen kontinuierlich zu

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 prägte der US-Historiker Francis Fukuyama das bekannte Diktum vom „Ende der Geschichte“³. Keine zehn Jahre nach dieser Einschätzung musste dieses besagte Ende am 11. September 2001 erst einmal vertagt werden. Die strategische Atempause nach dem Kalten Krieg war vorüber. Fortan stand der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus im Fokus der internationalen Politik. Und er tut es noch immer. Denn die radikale Ideologie terroristischer Gruppierungen besteht weiter

fort, auch wenn sich die Schauplätze der Auseinandersetzung und die Methoden des Terrorismus kontinuierlich ändern.

Noch vor zwanzig Jahren wurde der internationale Terrorismus einzig mit der Organisation Al-Kaida assoziiert, ein Terrornetzwerk mit dem Rückzugsort Afghanistan. Heute denken wir vor allem an den „Islamischen Staat“ (IS), der sich zwischen 2014 und 2017 in Syrien und Irak ausbreitete, eine große Fluchtbewegung nach Europa auslöste und Anschläge im Herzen Europas durchführte. Das territoriale „Kalifat“ des IS wurde in einem internationalen Kraftakt zerschlagen, bei dem auch die Bundeswehr mitwirkte. Allerdings hat die Organisation im Untergrund inzwischen neue Strukturen aufgebaut, die sie weiter handlungsfähig macht. Der IS agiert heute in Terrorzellen, die jeweils lokal Anschläge durchführen, Gelder erpressen, Waffen, Ressourcen und Personen schmuggeln – und darauf warten, bis die Zeichen für eine Rückkehr auf die große Bühne geeignet sind.

Hinzu kommt, dass die Organisation globale Ableger hat, die nach Afrika und in den asiatischen Raum reichen. Personal, Gelder und Waffen werden nachweislich zwischen den unterschiedlichen Regionalablegern bewegt. Die Entwicklungen in Afrika sind dabei in der öffentlichen Wahrnehmung oft weniger präsent. Allerdings wüten in der Sahel-Region, darunter besonders in Mali und Niger, eine Vielzahl mal konkurrierender und mal kooperierender Terrorgruppen, einige davon werden entweder mit Al-Kaida oder dem IS in Verbindung gebracht. Sie zerstören das Wenige an staatlicher Infrastruktur und treiben Millionen Menschen in die Flucht, viele mit dem für sie räumlich nahen Ziel Europa.

Terrorismus, Flucht und Migration werden die internationale Politik weiter stark beschäftigen. Denn der Nährboden, der diese Phänomene begünstigt, besteht weiter fort. Dazu zählen insbesondere eine schwache Staatlichkeit in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas, fehlende physische Sicherheit, fehlende Versorgungssicherheit, hohe Arbeitslosigkeit, ineffiziente Verwaltungsstrukturen, fehlende Bildung und damit zusammenhängend mangelnde Zukunftsperspektiven. Es wird davon ausgegangen, dass Corona diese Regionen stark treffen dürfte, da die Gesundheitsversorgung kaum bis gar nicht gewährleistet werden kann. Damit werden diese Staaten weiter geschwächt, die Instabilität nimmt zu und der Migrationsdruck auf Europa steigt.

Durch die Corona-Krise werden die Länder im Nahen Osten und in Afrika auch POLITISCH weiter geschwächt.

Prioritäten definieren und Strategien entwickeln

Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, die Probleme unserer Zeit zu erkennen und diese allein zu beschreiben. In Sachen Analyse hat Deutschland wenig Aufholbedarf. Auch im Handeln ist Deutschland besser geworden in den vergangenen Jahren. Aber wenn wir den aufgezeigten Trends etwas entgegensetzen wollen, wenn wir die globalen Entwicklungen mitgestalten wollen, die uns maßgeblich beeinflussen, dann müssen

wir noch entschiedener handeln – und das gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und im transatlantischen Bündnis. Aus diesem Grund sind jetzt die folgenden Schritte anzugehen:

Fokus Europa: Zusammenhalt nach innen und Handlungsfähigkeit nach außen stärken

Die EU ist der zentrale Handlungs- und Bezugsrahmen der deutschen Politik. Unsere Sicherheit, unser Wohlstand und unsere Freiheiten hängen direkt mit einer funktionierenden, starken EU zusammen. Deshalb müssen wir alles daran setzen, die EU weiter zu stärken und den Negativentwicklungen entschieden entgegenzuwirken. Europa muss nach innen geeinter sein und nach außen geschlossen auftreten, um gegenüber den oben aufgezeigten Trends bestehen zu können. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach zu Amtsantritt davon, dass es unter ihr eine „geopolitische Kommission“ geben würde.⁴ Der EU-Außenbeauftragte Borrell erklärte, dass die EU die „Sprache der Macht“ lernen müsse.⁵ Das sind richtige Ansätze.

Die EU hat schon 2016 eine Globalstrategie vorgelegt, die auf eine außen- und sicherheitspolitische Neuausrichtung hinweist.⁶ Bisher ist es an der Umsetzung dieser oft gescheitert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Mitgliedsstaaten sich untereinander nur schwer auf gemeinsame außenpolitische Linien einigen können. Deshalb sollte man jetzt überlegen, wie die EU handlungsfähiger wird. Bisher müssen außenpolitische Beschlüsse im EU-Ministerrat immer einstimmig gefällt werden. Stimmt ein Land (und damit beispielsweise auch nur eine Partei einer Koalitionsregierung in einem Mitgliedsstaat) einer Entscheidung nicht zu, kann die

EU keine Position nach außen vertreten. Das schwächt uns. Deshalb müssen wir darauf hinwirken, dass in außenpolitischen Belangen eine Mehrheitsentscheidung getroffen wird. Damit würde die EU global deutlich an Gewicht gewinnen, das etwa gegenüber China wichtig wäre. Solange das nicht der Fall ist, müssen wir entschiedener in einer „Koalition der Willigen“ agieren.

Die EU sollte befugt sein, in außenpolitischen Entscheidungen MEHRHEITLICH statt einstimmig entscheiden zu können.

Die Kritik an der EU ist immer wieder groß. So auch zu Beginn der Corona-Krise, als die Menschen nach Brüssel schauten und eine Krisenreaktion erwarteten. Brüssel reagierte langsam. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen nur gemeinsam in der EU möglich sein wird. Das wird ein Kraftakt, an der sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen müssen und beteiligen werden. Europäische Solidarität ist das Gebot der Stunde. Die EU kann es sich nicht erlauben, in der Krise einzelne Länder wirtschaftlich oder „emotional“ zu verlieren. Das bedeutet aber nicht, dass vorschnelle Beschlüsse als Reaktion auf emotionale Debatten gefällt werden können. Die EU wird gestärkt aus der Krise hervorgehen und sich durch neue Krisenlektionen weiter verbessern. Dazu wird si-

cher auch gehören, dass kritische Produkte (wie Medikamente, medizinische Geräte, Schutzkleidung) wieder vermehrt in Europa produziert und aufbewahrt werden müssen, um im Krisenfall entschiedener agieren zu können. Wir müssen Europa als „Kontinent der Ressourcen“ neu entdecken. Und wir müssen einen europäischen Pandemieplan für den nächsten Ernstfall erarbeiten sowie unsere wissenschaftliche Zusammenarbeit zur Forschung weiter vertiefen. Was jetzt nicht passieren darf, ist, dass Länder unter dem Deckmantel der Krise ihren Rechtsstaat zurückbauen und demokratische Prinzipien aufs Spiel setzen. Die EU ist eine Union der Werte – und die müssen wir nachhaltig hochhalten, einfordern und verteidigen.

Es darf innerhalb der EU nicht passieren, dass einige Länder ihren RECHTSSTAAT unter dem Deckmantel der Krise zurückbauen.

Fokus Transatlantisches Bündnis: Europäischen Pfeiler stärken, Zusammenarbeit erneuern

Das transatlantische Verhältnis ist derzeit von großen politischen Spannungen geprägt. Das liegt zum einen an den globalen Herausforderungen, die die internationale Politik derzeit bewältigen muss. Zum anderen aber auch an dem unkonventionellen, zum Teil disruptiven Politikstil des aktuellen US-Präsidenten. Trotz aller kontroversen

Diskussionen und Irritationen gilt jedoch: Die engen Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika sind strategisch. Sie müssen und werden politische Kontroversen aushalten. Denn wir sind verbunden durch gemeinsame Werte, dem Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ganz entscheidend: durch eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur. Die NATO ist der zentrale Grundpfeiler unserer Sicherheitspolitik, auch im 21. Jahrhundert.

Heute erleben wir ein sicherheitspolitisches Umfeld, dem sich auch die NATO anpassen muss. Dazu gehört auch, dass der europäische Pfeiler der NATO stärker wird. Große Herausforderungen stehen uns bevor, die vermehrt unser eigenes Engagement erfordern. Die alleinige Sicherheitsgarantie der USA – wie im Kalten Krieg – kann heute nicht mehr gelten. Das ist auch deshalb so, weil sich der Fokus der USA entlang der oben aufgezeigten Großmacht Konkurrenz verschiebt. Russland liegt demnach mehr im europäischen Handlungsbereich, während sich die USA vermehrt China widmen, das sie als wirtschaftlich und sicherheitspolitisch größten Konkurrenten empfinden. Unser Ziel muss es sein, die regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten. Das können wir nur gemeinsam im transatlantischen Bündnis erreichen. Deshalb müssen wir jetzt beweisen, dass die NATO eben nicht „brain dead“ (Hirntod) ist, wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron es formuliert hat,⁷ sondern anpassungsfähig und kämpferisch – und Europa darin seine veränderte Rolle wahrnimmt.

Deutschland sollte dabei einen noch entschiedeneren Beitrag leisten. Das „Weißbuch der Bundesregierung zur Si-

Der europäische Pfeiler in der NATO muss gestärkt werden.

cherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ hat 2016 die veränderte Stoßrichtung für die deutsche Sicherheitspolitik klar vorgegeben.⁸ Neben den Auslandseinsätzen macht auch die Landes- und Bündnisverteidigung wieder eine Priorität unserer Streitkräfte aus. Diesbezüglich stehen wir besser da, als das oftmals suggeriert wird. Wir haben unseren Verteidigungsetat zuletzt stetig erhöht und unser Engagement, beispielsweise im Baltikum, hochgehalten. Klar ist aber auch: Die gestiegenen Verteidigungsausgaben müssen bald substanziell bei der Truppe ankommen, sichtbar sein in Qualität und Umfang der Ausstattung und unsere Einsatzfähigkeit erhöhen.

Fokus Nachbarschaft: Terrorismus bekämpfen, Instabilität und Migration entgegenwirken

Der Nahe Osten und Nordafrika zählen zur unmittelbaren Nachbarschaft Europas. Entwicklungen, die in den Ländern dieser Regionen geschehen, haben direkte Auswirkungen auf Deutschland und Europa. Das zeigte nicht zuletzt die Ausbreitung des IS 2014/2015 im Irak, der syrische Bürgerkrieg oder der Krieg in Libyen. Massive Fluchtbewegungen aus diesen Ländern haben die europäische Politik vor große humanitäre, finanzielle und ethische Herausforderungen gestellt und die Gesellschaften Europas in Fragen von Migration und Asyl

enorm gespalten. Von vielen Seiten wird heute beschworen, dass sich 2015 nicht wiederholen dürfe. Das ist richtig. Daraus folgt aber auch, dass wir uns nachhaltig dafür einsetzen müssen, dass in diesen Weltregionen Kriege und Konflikte beendet und Stabilität hergestellt werden.

Deutschland ist in den betroffenen Regionen bereits aktiver geworden. Als die Kurden im Nordirak 2014 dem Ansturm des Islamischen Staates ausgeliefert schienen, lieferte die Bundeswehr wertvolle Militärhilfe. Das Engagement im Irak wurde daraufhin zu einer Trainingsmission in Erbil (Autonome Region Kurdistan Irak) und Taji (bei Bagdad) ausgebaut. Als Teil der über 80 Staaten umfassenden Anti-IS-Koalition stellte die Luftwaffe Geräte zur Luftüberwachung und Luftbetankung bereit. Damit haben wir dazu beigetragen, das territoriale „Kalifat“ des IS zu schwächen. Wie bereits aufgezeigt, ist die Organisation dadurch nicht vollständig zerschlagen. Deshalb müssen wir uns weiter engagieren und vor allem Staaten wie den Irak unterstützen, damit dort langfristige Stabilität möglich ist. Zugleich müssen wir den Blick verstärkt auf die Region lenken, in der Terror, Flucht und Vertreibung derzeit massiv zunehmen: den Sahel. Deutschland unterstützt dort bereits mit rund 1.000 Bundeswehrsoldaten die UN-Mission MINUSMA. Im Mai 2020 wurde zudem der deutsche Beitrag zur europäischen Trainingsmission EUTM geografisch ausgeweitet und auf 450 Soldaten erhöht. Ende März beschlossen mehrere europäische Staaten, den Anti-Terrorkampf in Mali zusätzlich mit einer Spezialeinheit („Takuba“) zu unterstützen. Diese wird ab Sommer 2020 von Frankreich militärisch angeführt; Deutsch-

land unterstützt die Einheit politisch. Künftig wird es aber notwendig sein, dass auch wir uns robuster in dieser Weltregion für unsere Sicherheit engagieren und unsere europäischen Partner militärisch unterstützen.

Deutschland sollte sich in Zukunft stärker in der SAHELZONE militärisch engagieren.

Deutschland muss zukünftig auch auf diplomatischer Ebene eine größere Rolle spielen und eigene Vorschläge vorbringen bezüglich Nahost und Afrika. Zuletzt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Initiative ergriffen und einen wichtigen Prozess zur Stabilisierung Libyens eingeleitet. Berlin gilt weltweit als ehrlicher Makler und kann glaubhaft zwischen Kriegsparteien vermitteln oder stabilisierend eingreifen. Dieses Mittel müssen wir öfters und entschiedener einsetzen und dabei bereit sein, mehr zu wagen und zu gestalten. Dazu sollten wir eine ernsthafte Diskussion über unser außenpolitisches Engagement führen – und Vorschläge nicht von vorneherein zerreden. Als Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Oktober 2019 die Einrichtung einer Schutzzone in Nordsyrien vorgeschlagen hatte, war die Resonanz innerhalb Deutschlands niederschmetternd. Der Vorschlag hatte keine Chance, die politische Diskussion zu überleben. Es muss künftig möglich sein, eine kontroverse, sachli-

che außenpolitische Debatte zu führen, ohne dass Initiativen von vorneherein verurteilt werden. Heute wären wir vermutlich froh darüber, wenn es in Nordsyrien eine Schutzzone gäbe und damit auch einen innersyrischen Fluchtpunkt für die Millionen Flüchtlinge in der umkämpften Provinz Idlib.

Fokus nach innen: Außenpolitik in die Mitte der Gesellschaft und ins Parlament holen

Deutschland steht oft in der Kritik, sich zu wenig international zu engagieren. Der Vorwurf kommt regelmäßig von Verbündeten, Partnern und Experten. Es ist richtig: Wir müssen mehr tun! Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Das außenpolitische Engagement eines Landes hängt nicht nur von seiner Wirtschaftsleistung, der Stärke seiner Streitkräfte und seinem politischen Gewicht ab. Außenpolitik ist immer auch ein Spiegel der außenpolitischen Kultur und Tradition eines Landes. Und die ist beispielsweise in Frankreich, Großbritannien und den USA eine deutlich andere als hierzulande. Das darf keine Ausrede sein, wenn es jetzt darum geht, tatsächlich mehr Verantwortung zu übernehmen. Das hilft aber dabei zu verstehen, dass „mehr Engagement“ nur in Form eines Prozesses möglich ist – eines politischen und gesellschaftlichen Prozesses, der Zeit benötigt. In der Außen- und Sicherheitspolitik gibt es kein Schalturnehmen nach Bundestagsreden.

In Deutschland selbst misst der Großteil der Bürger der eigenen Außenpolitik wenig Bedeutung zu. Das stellt die Politik vor eine große Herausforderung. Denn einerseits lassen sich Wahlen heute kaum mit außenpolitischen Themen gewinnen. Genauso wenig erhalten Politiker großen Zuspruch dafür,

dass sie die Bundeswehr in Auslandseinsätze schicken. Damit sinkt die Bereitschaft im parlamentarischen Raum, sich für eine aktive deutsche Außenpolitik zu engagieren. Dabei hängen viele innenpolitische, finanzpolitische, wirtschaftspolitische, gesundheitspolitische Themen direkt mit internationalen Entwicklungen, globalen Trends und Deutschlands Rolle darin zusammen. Die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik ist heute nicht mehr möglich. Die Flüchtlingskrise von 2015 oder die aktuelle Corona-Krise zeigen dies deutlich. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die deutsche Stimme gehört wird und wir noch deutlicher unsere Interessen verfolgen.

Die Außenpolitik braucht in Deutschland einen POSITIVEN Bedeutungswandel.

Wir müssen Außenpolitik in die Mitte der Gesellschaft holen. Mehr Verantwortung in der Außenpolitik lässt sich in letzter Konsequenz nur übernehmen, wenn sich die Bevölkerung dazu bekennt und das Engagement mitträgt. Das unterstreicht die Bedeutung, über Außenpolitik anders zu sprechen. Und zwar in einer Sprache, die weithin verstanden wird und deutlich macht, warum wir mehr und nicht weniger davon brauchen. Die „Allianz der Multilateralisten“ beispielsweise klingt zwar wunderbar in den Ohren von Politikern, Diplomaten

und Fachexperten. Sie bedeutet jedoch wenig für den gemeinen Bürger, der aber ganz entscheidend davon profitiert, wenn beispielsweise Handelswege frei sind und eine Gemeinschaft von Staaten dafür eintritt, dass das auch so bleibt. Vor wenigen Monaten wurde eingeführt, dass Gelöbnisse der Bundeswehr wieder öffentlich stattfinden und Bundeswehrsoldaten in Uniform kostenlos mit der Bahn fahren dürfen. Das sind wichtige Schritte, um die Sichtbarkeit unserer Soldaten und im weiteren Sinne auch die Sichtbarkeit unserer Sicherheitspolitik zu erhöhen. Jetzt kommt es aber auch darauf an, außenpolitische Diskussionen breiter zu führen und Entscheidungen darüber vermehrt ins Parlament zu verlagern.

Schlussbetrachtungen

Die Welt ist aus den Fugen geraten und Corona dürfte die großen Trends unserer Zeit weiter verstärken. Für die deutsche Außenpolitik ist es jetzt wichtig, diese langfristigen Entwicklungen zu erkennen, zu benennen und ihnen entschieden entgegenzuwirken. In einer Zeit, in der das internationale System stark unter Druck steht und die USA ihren Fokus auf China legen, ist es umso wichtiger, dass Deutschland und Europa global entschlossener auftreten. Dazu gehört, dass wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken müssen. Und auch die EU muss außenpolitisch geeinter und mit stärkerem Gewicht auftreten. Sonst droht uns eine geringere Einflussnahme auf die globalen Entwicklungen, die unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere Freiheiten maßgeblich beeinflussen und teilweise bedrohen.

Es ist richtig: Die EU steht durch die Corona-Krise vor der größten Bewäh-

rungsprobe ihrer Geschichte. Die Krise und ihre Folgen können wir aber nur gemeinsam bewältigen – durch europäische Solidarität und substanzielle gegenseitige Hilfen. Wir dürfen diese Krise nicht den Populisten überlassen, die vorgeben, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu haben. Und wir dürfen nicht den Fehler machen, durch kurzfristiges Krisenmanagement die langfristigen strategischen Ziele und Partnerschaften aus den Augen zu verlieren. Deshalb ist es wichtig, dass die finanziellen Folgen der Krise nicht dazu führen, dass wir unsere Armeen kaputtsparen und die internationale Kooperationen zurückfahren. Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen. Die anstehende EU-Ratspräsidentschaft gibt uns die Möglichkeit, jetzt die richtigen Akzente zu setzen. ///



/// THOMAS ERNDL, MDB

ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages (CSU) in Berlin sowie amtierender Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP). Er ist zudem stellvertretender Präsident des Reservistenverbandes (VdRBw e. V.).



/// HANNES PICHLER

ist außenpolitischer Referent von MdB Thomas Erndl. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung im Nahen Osten sowie am Institute for National Security Studies (INSS) in Tel Aviv/Israel.

Anmerkungen

¹ Ischinger, Wolfgang (Hrsg.): „Munich Security Report 2020: Westlessness“, München 2020, hier S. 6.

² Mattis, Jim: National Defense Strategy. Sharpening the American Military's Competitive Edge, Washington 2018, <https://dod.defense.gov/Portals/1/Documents/pubs/2018-National-Defense-Strategy-Summary.pdf>, Stand: 7.4.2020.

³ Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1992.

⁴ Zit. nach www.ec.europa.eu/germany/news/20190910-team-struktur-von-der-leyen-kommission_de, Stand: 7.4.2020.

⁵ Zit. nach <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-neuer-eu-chefdiplomatsborrell-wirbt-fuer-sprache>

[der-macht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191208-99-58258](https://www.mdr.de/macht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191208-99-58258), Stand: 7.4.2020.

⁶ „Shared Vision, Common Action: A stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy“, http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf, Stand: 7.4.2020.

⁷ Zit. nach: www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead, Stand: 7.4.2020.

⁸ Zum Nachlesen online unter: www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/736102/6478134/8c12e4a80948ab1bdf25cf057/weissbuch-zur-sicherheitspolitik-2016-download-bmvg-data.pdf?download=1, Stand: 7.4.2020.

/// Potenzial eines Veranstaltungsformats für Bildung und Kultur

HACKATHONS ALS TEAMEVENTS FÜR JUGENDLICHE

KATHRIN BARBARA ZIMMER /// Ein Hackathon bietet großes Potenzial für Bildung und Kultur. So stellt Coding da Vinci für Kulturinstitutionen ein effektives Instrument dar, um Kulturdaten nachhaltig für die Gesellschaft zugänglich zu machen. Jugend hackt als Spezialform eines Hackathons ermutigt programmierbegeisterte Jugendliche von 12 bis 18 Jahren unter dem Motto: „Mit Code die Welt verbessern“.

Was ist ein Hackathon?

...so fragen sich sicher einige Leser dieses Textes. Der Begriff setzt sich aus „Hacken“ für Coden, Entwickeln, Ausprobieren, Machen einerseits und „Marathon“ andererseits zusammen. Der Begriff bezeichnet ein ursprünglich aus der Wirtschaft kommendes Veranstaltungsformat, bei dem in einem relativ kurzen Zeitraum (beispielsweise 24 oder 36 Stunden) in interdisziplinären Teams technische Lösungen entwickelt und Prototypen umgesetzt werden. Am Ende steht eine öffentliche Präsentation, eine Jurysitzung oder Preisverleihung.

Was ist ein Kultur-Hackathon?

Das kreative Format hat inzwischen auch den Kulturbereich erfasst. Coding da Vinci¹ ist ein Kultur-Hackathon für offene Kulturdaten, der – 2014 gegründet – 2019 zum ersten Mal im Süden Deutschlands stattfand. Er brachte 31 Kultur- und Bildungseinrichtungen aus Bayern und Baden-Württemberg mit einer bunten Mischung kreativer Köpfe zusammen, um das Potenzial in unserem digitalen Kulturerbe weiter zu entfalten. Museen, Bibliotheken, Archive und Universitätssammlungen stellten aus ihren Beständen insgesamt 33



Die Ideen stehen, es wird experimentiert und gebastelt. Die Jugendlichen haben sichtlich Spaß an der Arbeit am Computer und Freude am gemeinsamen Projekt.

Datensets² unter freien Lizenzen zur Verfügung, die als Grundlage für die Arbeit der Teilnehmer dienen.

Bei einem zweitägigen Kick-Off in der Münchner Stadtbibliothek Am Gastig sind am 6./7. April 2019 Entwickler, Designer, Grafiker, Künstler, Hacker, Maker und Kulturinteressierte mit den Datensätzen der Kultureinrichtungen in eine sechswöchige Arbeitsphase gestartet. Was die Teams innerhalb der sechs Wochen auf die Beine gestellt haben, wurde am 18. Mai 2019 in der Tafelhalle Nürnberg bei einer halbtägigen Ausstellung mit Preisverleihung präsentiert.³

Was ist Jugend hackt?

Jugend hackt⁴ ist eine Spezialform des Hackathons im Bildungsbereich, ein gemeinnütziges Förderprogramm für pro-

grammierbegeisterte Jugendliche, das sich an Teilnehmer von 12 bis 18 Jahren richtet. Jugend hackt ermutigt junge Talente, mit Code die Welt zu verbessern, setzt auf Openness (Arbeit mit offenen Daten und anschließender Verfügbarmachung aller entwickelten Prototypen open source) und sensibilisiert die Teilnehmer für gesellschaftlich relevante Fragestellungen. Unterstützt werden die

Jugend hackt ist ein gemeinnütziges
FÖRDERPROGRAMM für programmier-
begeisterte Jugendliche.

Jugendlichen von ehrenamtlichen Mentoren aus dem Programmierumfeld (Betreuungsschlüssel 3:1). 2013 zum ersten Mal durchgeführt, kann Jugend hackt bereits auf etwas über 50 Wochenendevents im deutschsprachigen Raum sowie – dank einer Kooperation mit dem Goethe-Institut – auf jährlich ein internationales Event zurückblicken (UK, Südkorea, Hongkong, Türkei, Sri Lanka).

Vom 6. bis 8. März 2020 fand das Event-Wochenende zum ersten Mal auch in Bayern statt, in München zum ersten Mal als Pilot mit einem Kulturschwerpunkt. Das Veranstaltungsformat beginnt üblicherweise am Freitagnachmittag mit einer Keynote zum Schwerpunktthema, dem Brainstorming zu möglichen Projekten, einer Vorstellung der Projektideen im Rahmen eines Gallery-Walk und einem Input zur Hackerethik. Am Samstagmorgen entscheiden sich die Teilnehmer für ein Projekt und die Teams werden im Folgenden bei der Umsetzung ihrer Ideen von IT-erfahrenen Mentoren unterstützt. Parallel zur Arbeit in den Projektgruppen haben die Teilnehmer am Samstagnachmittag zudem die Möglichkeit, an kurzen Input-Vorträgen (Lightning-Talks) teilzunehmen. Am Samstagabend erfolgt ein Präsentationscoaching, das auf die finale und öffentliche Projektpräsentation am Sonntag vorbereitet.

Der Jugend-Kultur-Hackathon: Jugend hackt München 2020⁵

Etwas über 40 jugendliche Teilnehmer fanden sich vom 6. bis 8. März im Gastatelier der whiteBOX im Münchner Werksviertel ein. Unterstützt wurden sie von 16 ehrenamtlichen Mentoren aus dem IT-Bereich und dem medienpädagogischen Organisationsteam.

Schwerpunktthema: Code & Culture

Der Themenschwerpunkt von Jugend hackt lautete in München erstmals Code & Culture. Das regionale Veranstalterteam hatte für das Event-Wochenende Kulturthemen in den Fokus gestellt und vorab als Anregung die Datensets von Coding da Vinci Süd – der Kultur-Hackathon vorgestellt, die seit 2019 unter offenen Lizenzen der ganzen Gesellschaft zur Verfügung stehen. Die Datensets wurden bereits im Vorfeld der Veranstaltung über die sozialen Netzwerke (Twitter) verbreitet, und die fünf Datensets, die am meisten Beachtung erfahren hatten, wurden beispielhaft in der Keynote vorgestellt. Die Datensets reichten von geografischen Karten bis zu Speisekarten, von Gemälden über Architekturzeichnungen bis zu Passbildern oder Wahlergebnissen. Daneben hatten die Jugendlichen aber an dem Wochenende auch viel Raum für Themen rund um Demokratie, Cybersecurity und Umwelt. Darüber hinaus nannte die Keynote Museen, die vergleichsweise viele Sammlungsdaten im Netz frei zugänglich zur Verfügung stellen (Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg,⁶ Metropolitan Museum of Arts,⁷ Smithsonian⁸), und gab Anregungen, unter welchen Fragestellungen die Teilnehmer die fünf Beispieldatensätze ansehen und bearbeiten konnten.

Das anschließende Brainstorming ließ bereits erkennen, dass sich die Teilnehmer intensiv mit dem ungewohnten Themenschwerpunkt auseinandergesetzt hatten. Mehrere Projektideen zeigten einen klaren Bezug zur Keynote, andere Ideen boten zumindest die Möglichkeit, die gezeigten Datensätze einzubeziehen. Jede einzelne Projektidee wurde auf einem Plakat festgehalten und im Plenum vorgestellt. Alle Plakate

wurden im Anschluss im Veranstaltungsraum in einer Reihe aufgehängt, so dass sich die Teilnehmer überlegen konnten, welches Projekt sie am meisten ansprach.

Beim Jugend-Kultur-Hackathon 2020 standen diverse **KULTURTHEMEN** als Projektideen zur Auswahl.

Hackerethik

Ein wichtiger Bestandteil von Jugend hackt ist die Ethik, sprich, der verantwortungsvolle Umgang mit Daten sowie eine Bewusstseinsbildung für die Verantwortung, die man als Programmierer der Gesellschaft gegenüber trägt.⁹ Am Samstagabend wurde die Hackerethik aufbauend auf einem vorab zugeschickten Video interaktiv gestaltet und das Spiel „1,2 oder 3 – Hackerethik Spezial!“ durchgeführt. Ein Mentor überlegte sich dafür verschiedene Szenarien, die es mit Hilfe der Hackerethik zu beantworten galt. Die Teilnehmenden konnten sich für eine von drei Antwortmöglichkeiten entscheiden. Auf dem Boden waren Flächen für die jeweiligen Antwortmöglichkeiten gekennzeichnet, in denen sich die Teilnehmer aufstellen konnten. Danach wurden die Antworten gemeinsam diskutiert.

Projektarbeit und Lightning-Talks

Am Samstagvormittag fanden sich die Teilnehmer vor den Brainstorming-Plakaten rasch zu Teams zusammen und

verteilten sich mit ihren Mentoren auf die verschiedenen Arbeitsräume. Die kreative Arbeit im Team begann, ein selbstbestimmter Lernprozess nahm seinen Anfang. Die Mentoren, von denen einige selbst ehemalige Jugendhackt-Teilnehmer waren, hatten den Auftrag, die Jugendlichen bei der praktischen Umsetzung der eigenständig erarbeiteten Projektideen in Soft- und Hardware zu unterstützen. Damit die Teilnehmer wussten, welchen Mentor sie bei spezifischen Fragen ansprechen konnten, trug jeder Mentor ein „ask-me-about-Schild“ auf dem Rücken. Damit die Mentoren im Gegenzug die Jugendlichen bei der Erfüllung ihrer selbstdefinierten Lernziele möglichst effektiv unterstützen konnten, trugen die Jugendlichen ihrerseits diese Lernziele auf dem Rücken. Die Jugendlichen entschieden selbst, ob sie am Wochenende vorrangig ihre Programmierkenntnisse erweitern, sich mit Gleichgesinnten vernetzen oder mit Code die Welt verbessern oder ob sie sich darüber hinaus noch ein anderes Ziel setzen wollten.

Parallel bietet der Samstagnachmittag bei Jugend hackt kurze 15-minütige Input-Vorträge, sogenannte Lightning-Talks, die den Jugendlichen zusätzliche Impulse geben können. In München umfasste das Angebot neun spannende Lightning-Talks, die teilweise die Mentoren, teilweise externe Referenten bestritten. Sechs wurden aufgezeichnet und stehen nun dauerhaft als Video zur Verfügung: Digitale Öffentlichkeit, Bits, Bytes & Bauernhof, Better safe than sorry – Wie kannst Du Dich und Deine Daten schützen?, Capture the Flag – Spielerei oder hacken lernen, Brettspiel Go & KI, Ergonomische Tastaturen und alternative Tastaturbelegungen.



Teampräsentation der Projektideen auf dem 1. Jugend hackt-Wochenende in München.

Was entsteht an einem Jugendhackt-Wochenende?

Der Kulturschwerpunkt, den das Veranstalterteam in München gewählt hat, war ein Pilot, der von den Jugendlichen, obwohl ungewohnt und vergleichsweise schwierig, engagiert aufgegriffen wurde. Insgesamt entstanden bei Jugend hackt München neun Projekte, die alle bei der öffentlichen Präsentation einem interessierten Publikum vor Ort vorgestellt und auch per Livestream übertragen wurden.¹⁰

Die neun Projekte von Jugend hackt München 2020

DiBib ist ein digitaler Bibliotheksassistent, der Bibliotheken für eine jüngere Nutzerschaft attraktiver machen soll, ohne dabei Arbeitsplätze zu gefährden. Aus Pappe gebaut, ist der kleine, fahrende und sprechende Roboter personalisierbar und kann beispielsweise durch Schulklassen in allen Bibliotheken farblich unterschiedlich gestaltet werden.

The quest of architecture ist ein Architekturquiz, das verschiedene historische Gebäude der Münchner Innenstadt fokussiert. Das Spiel möchte insbesondere jüngere Leute für die Sehenswürdigkeiten Münchens und darüber hinaus allgemein für Kultur und Architektur interessieren.

Das Projekt **KI-Handschrifterkennung** hat eine KI programmiert, die handschriftliche Notizen eingescannt in Textdokumente übersetzt. Als Haupteinsatzgebiet sehen die drei jungen Programmierer vor allem die Schule, da diese KI die Lehrer bei Korrekturen unterstützen kann.

Deep Graffiti möchte die Stadt verschönern, Altes (= Alte Architektur) mit Neuem (= Moderne Ausdrucksform) verbinden und damit eine neue Perspektive auf Stadt und Kultur schaffen. Die App generiert zunächst via KI aus einer Textzeile ein Graffito, eine weitere KI überprüft dieses hinsichtlich seiner Ähnlichkeit zu bestehenden Graffiti und

projiziert es anschließend mittels Augmented Reality mit der Handy-Kamera auf eine beliebige Hauswand. Als künftige Erweiterung sieht das Team die Möglichkeit, dass die Anwendung das Graffiti entsprechend der Textur der Wand generiert, auf die es projiziert werden soll.

Admin.io ist ein webbasiertes Serversimulationsspiel, bei dem die Spieler Server kaufen können und deren Betrieb sicherstellen, indem sie beispielsweise die Server vor Viren schützen müssen.

Das Team von **Water Me!** hat ein automatisches Bewässerungssystem für Zimmerpflanzen entwickelt. Zunächst registriert ein Feuchtigkeitssensor die Daten, und wenn die Feuchtigkeit der Erde unter einen bestimmten Wert fällt, werden die Pumpen aktiviert.

Das Team von **passworder** hat ein Programm geschrieben, das Passwörter unterschiedlicher Länge generieren kann, indem festgelegt wird, dass bestimmte Zeichen eines Satzes durch andere Zeichen ersetzt werden, z. B. der Buchstabe „e“ durch die Zahl „3“, der Buchstabe „i“ durch eine „1“, so dass Passwörter wie beispielsweise „Pappkam3radung3h3u3r1ch“ generiert werden, die vergleichsweise leicht zu merken, aber schwer zu knacken sind.

OpenGestures unterstützt diejenigen, die Tastatur und Maus des Computers nicht mit der Hand bedienen können. Ein an der Hand befestigter microbit liest über einen Sensor die Daten der Handhaltung / -bewegung aus und übermittelt sie an einen weiteren microbit, der mit dem PC verbunden ist und

die Daten in Bewegungen der Maus übersetzt.

NOT a game nimmt sich eines sehr sensiblen politischen Themas an und stellt die Komplexität der Entscheidungsfindung dar, die Flüchtlinge auf ihrer Flucht treffen müssen. Das Spiel, das betont „NOT a game“ betitelt ist, begleitet die 23-jährige Marlé, die sich dazu entschließt, zusammen mit ihrer Familie das fiktive Land Jawos zu verlassen. Auf ihrem Weg muss Marlé unter anderem die Wahl treffen, wohin sie geht oder mit welchem Verkehrsmittel. Während des „Spiels“ werden je nach getroffener Entscheidung aktuelle Statistiken der UNO Flüchtlingshilfe eingeblendet, und so zeichnet die Anwendung gelungen eine sehr emotionale Herangehensweise an ein tagespolitisches Thema.

Insgesamt sind neun Projekte bei Jugend hackt München entstanden. Jugend hackt verzichtet bei der Präsentation bewusst auf Jury und Preisverleihung, um nicht einen Wettbewerb zwischen den Jugendlichen zu Lasten des Openness-Gedankens in den Vordergrund zu stellen. Alle Teilnehmer, die sich bei Jugend hackt kreativ mit einer Projektidee einbringen, hochmotiviert im Team einen Piloten produzieren und diesen engagiert einer interessierten Öffentlichkeit vorstellen, sind automatisch „Sieger“.

Das Potenzial von Jugend hackt für die (Medien-)bildung Jugendlicher

„Bei Jugend hackt lernt man nichts – also nicht so wie in der Schule, sondern man macht ganz viel und dann weiß man am Ende mehr!“, so fasste eine Teilnehmerin einmal den Lernprozess eines Jugend-hackt-Wochenendes zusammen. Das große Potenzial des inten-

siven Veranstaltungsformats liegt zu etwa gleichen Teilen in der selbstorganisierten und zielgerichteten Projektarbeit, dem Austausch mit Gleichgesinnten, der Unterstützung durch IT-erfahrene Mentoren auf Augenhöhe wie auch in einer Sensibilisierung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Daten, für Openness, auch allgemein für gesellschaftlich relevante, tagespolitische Fragestellungen. Idee, Teambildung, Rollenverteilung im Team, Zeitmanagement und Ausgestaltung der Präsentation liegen ebenso in Händen der Teilnehmer wie die selbstständige Definition ihrer Lernziele für das Wochenende. Die Erkenntnis, was man gemeinsam an einem Wochenende schaffen kann, und die öffentliche Präsentation vor Publikum und Kamera sind für die Jugendlichen wertvolle und prägende Erfahrungen unabhängig vom eigentlichen Programmieren.

Das **VERANSTALTUNGSFORMAT** bietet den Teilnehmern Sensibilisierung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Daten.

Ein Teilnehmer des Münchner Events gab auf die Frage des Moderators, warum das Team denn eine Anwendung entwickelt habe, die es auf dem Markt bereits gebe, zur Antwort: „Wir wollten wissen, wie es funktioniert. Es gibt so etwas zwar, aber wenn man nicht weiß, wie es funktioniert, ist es sozusagen Magie; wir wissen jetzt, wie es geht und ha-



Die erfolgreichen Teilnehmer von Jugend hackt München freuen sich schon auf das nächste Mal!

ben zudem eine kostengünstigere Möglichkeit erstellt als die im Handel verfügbaren Lösungen.“ Diese Antwort macht das große Potenzial des Veranstaltungsformats deutlich. Es bietet allen, die mitmachen – von der Ideenfindung bis zum Prototyp an einem Wochenende –, hochmotivierte Arbeit im Team, Lernzuwachs, Austausch im Netzwerk, Spaß mit Gleichgesinnten und dem Computer. Dabei steht immer das zentrale Motto von Jugend hackt im Fokus: Mit Code die Welt verbessern. ///



/// DR. KATHRIN BARBARA ZIMMER

koordiniert seit April 2017 die Themenplattform Digitalisierung in Bildung, Wissenschaft und Kultur am Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B). Sie war sowohl bei Coding da Vinci Süd 2019 wie auch bei Jugend hackt München 2020 als Projektleiterin beteiligt.

Träger von Jugend hackt und Regionalteam von Jugend hackt München 2020

Jugend hackt ist ein Programm der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. und mediale pfade.org e.V. In München wurde das Event von Q3. Quartier für Medien, Bildung, Abenteuer, dem Zentrum Digitalisierung. Bayern, der Stiftung Bildungspakt Bayern, der whiteBOX.art, der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und dem Bezirksjugendring Oberbayern durchgeführt. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch den Kulturfonds Bayern und den Bayerischen Rundfunk mit PULS.



Kießling, Rolf: *Jüdische Geschichte in Bayern. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Berlin: Walter de Gruyter 2019, 662 Seiten, € 79,95.

/// Erstes umfassendes Grundlagenwerk

ÜBER 1000 JAHRE JÜDISCHES LEBEN ALS TEIL DER BAYERISCHEN KULTUR

So verwunderlich es ist, dass die Geschichte der Juden in Bayern bis heute nur bruchstückhaft erzählt wurde, so verdienstvoll ist es, dass sich Rolf Kießling dieser Herkulesaufgabe nun gestellt und das Desiderat mit dem vorliegenden Band meisterhaft behoben hat. Dass der langjährige Ordinarius für Bayerische und Schwäbische Landesge-

schichte der Universität Augsburg ein profunder Kenner der Materie ist, atmet aus jeder der über 580 Seiten, denen noch einmal rund 60 Seiten wertvolle Quellen- und Literaturangaben beigelegt sind. Seiner Hoffnung allerdings, dass die Forschungsergebnisse künftig in einem Umfeld rezipiert werden mögen, „in dem nicht Rassenwahn, son-

Anmerkungen

¹ <https://codingdavinci.de/>

² <https://codingdavinci.de/daten/>

³ Ein ausführlicher Projektbericht findet sich unter: <https://codingdavinci.de/downloads/sued/cdv-sued-dokumentation.pdf>; weiterhin in Greisinger, Sybille / Zimmer, Kathrin: Coding da Vinci Süd. Welche Chancen bietet ein Kultur-Hackathon?, in: *Aviso. Magazin für Kunst und Wissenschaft in Bayern* 3/19, S. 20-23; die entwickelten Pilotprojekte sind gesammelt veröffentlicht unter https://codingdavinci.de/projects/2019_sued/cards_and_dragons.html

⁴ <https://jugendhackt.org/>

⁵ <https://jugendhackt.org/event-rueckblick/muenchen-2020/>

⁶ <https://sammlungonline.mkg-hamburg.de/de>

⁷ <https://www.metmuseum.org/>

⁸ <https://www.si.edu/openaccess>

⁹ www.ccc.de/de/hackerethik

¹⁰ Die Videos der einzelnen Projektpräsentationen sind unter folgendem Link zu finden: <https://jugendhackt.org/event-rueckblick/muenchen-2020/>

dern die Bereitschaft für das Verständnis des Anderen“ (S. 585) prägend sein werden, wird man sich angesichts der Präsenz einer unverhohlenen antisemitischen auftretenden Partei in allen Landesparlamenten und dem Bundestag nur bedingt anschließen können. Ob Geschichte wirklich eine Lehrmeisterin des Lebens ist, wie Cicero meinte, wird für unsere Gegenwart neu zu beweisen sein. Das vorliegende, über 1000 Jahre umfassende Werk legt hierfür eine unverzichtbare Grundlage.

Eine Geschichte der Juden in Verbindung mit der Bezugsgröße „Bayern“ zu schreiben, bedarf einer geographischen Vorentscheidung. Diese wird leserfreundlich getroffen, indem das Territorium des heutigen Freistaats Bayern zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird und dessen Grenzen – bei allen notwendigen Ausflügen in umliegende Räume – in die Vormoderne zurückprojiziert werden. Zeitlich gliedert sich der Band in die drei etwa gleich umfangreich behandelten Großepochen Mittelalter, Frühe Neuzeit und Moderne des 19./20. Jahrhunderts, die jeweils in knappe Zusammenfassungen münden. Innerhalb der Epochen wird allerdings nicht nur chronologisch, sondern auch in parallelen Strängen erzählt, um wesentliche Linien übersichtlich herauszuarbeiten: die Rahmenbedingungen der politischen Ordnung, die Siedlungsentwicklung, die innerjüdische Organisation oder die Lebensverhältnisse in den Gemeinden.

Konkret setzt der Band mit der ersten Katastrophe jüdischer Existenz des Hochmittelalters auf bayerischem Boden ein, dem Pogrom von 1096 in Regensburg. Untrennbar verwoben mit weiteren Verfolgungswellen, die in den Pest-Pogromen Mitte des 14. Jahrhun-

derts einen traurigen Höhepunkt erlebten, durchziehen immer wiederkehrende Vorwürfe des Gottesmords, Hostienfrevels und der Brunnenvergiftung diese frühen Jahrhunderte. Auch wenn viele positive Facetten wie eine weitgehend selbstständige Entfaltung urbanen jüdischen Gemeindelebens, der „Judenschutz“ (S. 62) oder die tragende Rolle, die die Juden in der Wirtschaft seit dem 10. Jahrhundert spielten, Beachtung finden, sind es doch überwiegend „schwere Schatten“, die „das Bild des Zusammenlebens von Christen und Juden verdunkelten“ (S. 75). Trotz aller kundigen Versuche, diese Vorkommnisse historisch einzuordnen, resümiert der Autor bereits an dieser Stelle: „Jede Erklärung hat ihre Grenzen; es bleibt immer ein Rest an Unerklärbarkeit, denn mit Rationalität lassen sich die Gewaltorgien letztendlich nur bedingt erfassen“ (S. 109).

Die großen Ausweisungswellen am Übergang zum 16. Jahrhundert markieren den Beginn des zweiten Abschnitts: Frühe Neuzeit. Diese Vertreibungen führten einerseits zur massiven Reduktion der jüdischen Bevölkerung, läuteten aber zugleich die „neue Phase des aschkenasischen Landjudentums“ (S. 208) als für lange Zeit fast ausschließliche Lebensform ein. Die Schwierigkeiten, die religiös-kultische Identität unter solch „atomisierten“ (S. 208) Umständen überhaupt aufrechtzuerhalten, legten sich trotz aller Bemühungen, „innerjüdische Antworten auf die Bedingungen ländlicher Existenz“ (S. 224) zu finden, erst wieder mit der „Reurbanisierung“ (S. 359) im 17./18. Jahrhundert. Als Nutznießer der Wiederansiedlungspolitik nach dem Dreißigjährigen Krieg verbreiterten einflussreiche „Hofjuden“ (S. 276) die Spann-

breite jüdischen Lebens wieder signifikant und wurden zu maßgeblichen Motoren der „Akkulturation“ (S. 355) und Transformation in die Moderne.

Der fundamentale Wandel, der sich beginnend mit dem Napoleonischen Zeitalter in der europäischen Staatlichkeit vollzog, brachte auch den Juden eine völlig neue Situation. Die Etablierung des modernen bayerischen Staates bedeutete für die Gemeinden den „Anfang eines mühsamen Weges zur vollständigen Emanzipation“ (S. 380) und zur Integration in die bürgerliche Gesellschaft, der erst mit dem Kaiserreich von 1871 einen vorübergehenden Abschluss fand. Ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert brach sich allerdings eine „neue rassistisch begründete Ablehnung der jüdischen Existenz schlechthin“ (S. 478) Bahn, die das Verständnis von Judentum als „Religionszugehörigkeit“ hin zum Judentum als in sich abgeschlossene fremde „orientalische Nation“ (S. 420) verschob, und so den Boden für den Weg in die Vernichtung mit bereitete. Auch hier bleibt der Band sich in seiner Grundkonzeption treu, dass er parallel dazu den innerjüdischen Kampf gegen den immer aggressiver werdenden Antisemitismus intensiv beleuchtet, der mit einer „Belebung der eigenen Kultur“ (S. 523) korrespondierte.

Mit der Machtübernahme der NSDAP begann 1933 noch einmal eine gänzlich neue Phase jüdischer Geschichte. Zwar hatte es seit dem Auftauchen der ersten Siedlungen immer wieder katastrophale Pogrome gegeben, in denen Gemeinden zerstört, ihre Mitglieder ermordet und ihre Vermögen konfisziert wurden. Doch die letztlich europäische Dimension einer industriellen Todesmaschinerie im Holocaust war ein weltgeschichtliches Novum, das von den übergeordne-

ten „Stationen der Verdrängung und Entrechtung“ bis in die „konkrete Umsetzung vor Ort“ (S. 514) detailliert nachgezeichnet wird. Nur wenige Juden überlebten die Vernichtungslager oder im Verborgenen. „Die jahrhundertelange Existenz jüdischer Gemeinden in Bayern mit ihren spezifischen Phasen in den verschiedenen Regionen, mit ihren Entfaltungen und Verfolgungen, mit ihrem Ringen um Akzeptanz und Emanzipation, mit ihrem Willen zur Selbstbehauptung in ihrer eigenen Religion und Kultur trotz Assimilation und Akkulturation war in einem verbrecherischen Regime untergegangen“ (S. 554).

Trotz dieser wohl tiefsten Zäsur in der jüdischen Historie ist es die große Leistung von Rolf Kießling, seine „Jüdische Geschichte in Bayern“ explizit nicht als Weg in die Shoah angelegt zu haben. Stattdessen präsentiert er in der Gesamtschau ein facettenreiches Tableau jüdischen Lebens, das in über 1000 Jahren zu einem untrennbaren Teil bayerischer Kultur geworden ist. Sich dessen wieder zu erinnern und gemeinsam mit dem Autor nicht nur einen zunehmend aufblühenden „Neubeginn“ (S. 560) im Land der Täter zu konstatieren, sondern diese Geschichte gemeinsam in die Zukunft weiterzuschreiben, ist Erbe und Auftrag unserer Gegenwart.

DR. PHILIPP W. HILDMANN,
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Busse, Volker / Hofmann, Hans: Bundeskanzleramt und Bundesregierung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlag, 7. Auflage, 2019, 470 Seiten, € 58,00.



Das Amt des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland ist die wichtigste Position im politischen System des Landes. Über die jeweiligen Amtsinhaber wird viel berichtet, weniger über das Bundeskanzleramt, das dem jeweiligen deutschen Bundeskanzler zuarbeitet und die zentrale Schaltstelle innerhalb der Bundesregierung darstellt. Das Handbuch von Volker Busse und Hans Hofmann über das Kanzleramt und die Bundesregierung ist erstmals 1994 entstanden und liegt nun – mit einem Vorwort von Angela Merkel – in der 7. Auflage vor.

Wer sich als Wissenschaftler, Journalist oder in der politischen Bildung mit der Funktion und dem Wirken des Bundeskanzlers beschäftigt, findet in diesem Band eine Fülle nützlicher Informationen. Das erste Kapitel gibt einen kurzen Überblick über Aufgaben und Stellung der Regierungschefs vom Norddeutschen Bund und dem Deutschen Reich bis zur jüngsten Bundesregierung, die nach der Bundestagswahl 2017 ins Amt kam. Das zweite Kapitel liefert einen Überblick über die räumlichen Sitze der Kanzler bis hin zu den Neubauten in Berlin. Das dritte Kapitel beschreibt auf über 50 Seiten die rechtliche Stellung von Bundeskanzler, den Bundesminis-

tern und der Bundesregierung sowie die Funktionen des Bundeskanzleramts. Auch der Ablauf der Kabinettsitzungen wird in diesem Abschnitt dargelegt.

Im folgenden Kapitel wird die Organisation und die Arbeitsweise des Bundeskanzleramts im Detail erläutert. Das fünfte Kapitel behandelt die Beauftragten im Bundeskanzleramt, unter anderem die Zuständigen für Migration oder für die Nachrichtendienste. Das sechste Kapitel bietet einen sehr nützlichen Überblick über die bisherigen Mitglieder der deutschen Regierungen seit 1871. Das umfangreiche siebte Kapitel liefert eine Zusammenfassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, unter anderem mehrere Geschäftsordnungen und Regelungen zur Arbeit der Untersuchungsausschüsse. Im knappen achten Kapitel findet sich ein Beispiel für einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung aus dem Jahr 2015 mit entsprechender Stellungnahme des Bundesrates, der Gegenäußerung der Bundesregierung und dem fertigen Gesetz. Ein Literaturverzeichnis sowie ein Stichwortregister runden den Band ab.

Insgesamt ein sehr empfehlenswertes Nachschlagewerk für alle, die sich in Politik, Publizistik und politischer Bildung mit den Rahmenbedingungen der Arbeit des Bundeskanzlers und der Bundesregierung beschäftigen. Es bietet vor allem genügend gut aufbereitetes Material, um sich etwas vertiefter in Zuständigkeiten und Abläufe einarbeiten zu können. Wenn (spätestens im nächsten Jahr) wieder ein Wechsel im Bundeskanzleramt ins Haus steht, lohnt es sich, dieses Handbuch parat zu haben.

DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Rothacher, Albrecht: Das Unglück der Macht – Frankreichs Präsidenten von de Gaulle bis Macron. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2019, 613 Seiten, € 49,00.



Das Buch mit dem etwas melodramatischen Titel bietet eine Art allgemeinen Teil mit der Überschrift „Menschen und Apparat“, der aber schon manches des besonderen Teiles vorwegnimmt, der aus den einzelnen Biographien der bisherigen acht Präsidenten der V. Republik besteht. Der Stil ist von vergnüglicher Spitzzüngigkeit gekennzeichnet, die sich leicht konsumieren lässt.

Wir werden erfreut durch ein buntes Pandämonium des Pariser Politikbetriebes. Ausweislich der Fußnoten schöpft der Autor die dazu erforderlichen Informationen aus ziemlich wenigen „Enthüllungsbüchern“, die in den letzten Jahren auf den französischen Markt gekommen sind. Das kann jeder schreiben, der der Sprache unserer linksrheinischen Nachbarn mächtig ist. Der ganz speziellen Erfahrung vor Ort, die der Autor 2015 bis 2017 als Mitarbeiter in der Europa-Abteilung am Quai d'Orsay gesammelt hat, bedarf es dabei nur insofern, als sie ihm im Allgemeinen ein Gespür für die Atmosphäre „bei Hofe“ vermittelt hat. Dem Duktus der benutzten Literatur entsprechend, dürfen wir geradezu eine Masse über die höchstpersönlichen und teilweise skandalösen Umstände der diversen Präsidenten erfahren. Dabei werden die politischen The-

men, wie sie auch für den deutschen Leser von ernsthaftem Interesse sind, zwar nicht vernachlässigt, aber sie müssen erst aus dem Menschlich-Allzumenschlichen der Herren von de Gaulle bis Macron herausgefiltert werden.

Der Autor ist in seinen politischen Aussagen meinungsstark und bringt immer wieder Seitenhiebe auch auf die deutsche Politik. So wird die Fähigkeit des starken Präsidialsystems der V. Republik hervorgehoben, ohne lähmende Diskussionen in den Institutionen schnelle Entscheidungen herbeizuführen, wie es in Krisensituationen einzig sachgerecht sein mag.

Das Präsidialsystem ist eine zeitgemäße Neuauflage des Bonapartismus aus dem 19. Jahrhundert: eine starke Exekutive mit einem charismatischen, dem Willen des Volkes nahen Führer an der Spitze, um eine kraftvolle Außenpolitik betreiben zu können. Aus diesem Obersatz ist aber auch die Kritik zu entwickeln, die der Autor vorträgt. Die in der Verfassung so stark konzipierte Exekutive schafft es seit Jahrzehnten nicht, die erheblichen strukturellen Schwächen Frankreichs in den Griff zu bekommen, etwa eine Rentenreform durchzusetzen, die diesen Namen verdient, die exorbitante Staatsverschuldung zu reduzieren, den rechtsfreien Räumen in den berüchtigten Banlieues beizukommen oder das Bildungssystem zu verbessern. Die Präsidenten in ihrer angeblichen Allmacht schrecken seit Giscard d'Estaing (1974-1981) vor den erforderlichen, einschneidenden Maßnahmen zurück, um in der Wählergunst nicht abzustürzen.

Dem starken Staat entspricht nicht das von de Gaulle, dem Gründer der V. Republik imaginierte und in seinem politischen Willen geeinte Volk, mit dem

der charismatische Führer vermittelt Plebisziten zuverlässig Kontakt bewahrt. Es ist den bisherigen Präsidenten seit de Gaulle nicht gelungen, das hartnäckig eingewurzelte Links-Rechts-Schema zwischen den französischen Parteien zu überwinden. Vielmehr besteht zwischen den politisch relevanten Gruppierungen nach wie vor eben das Gezänk, wie es gemäß de Gaulle das verderbliche Kennzeichen der III. (bis 1940) und IV. (1946-1958) Republik gewesen ist – nur dass es seit 1958 nicht mehr in der Nationalversammlung bis hin zu deren Handlungsunfähigkeit stattfindet.

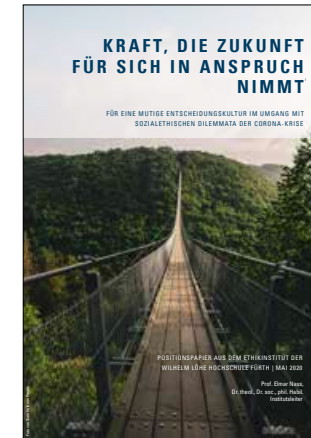
Es gibt auch keinen charismatischen Führer mehr: De Gaulle ist der einzige gewesen, von dem man das hat behaupten können. Spätestens seit Sarkozy (2007-2012) ist das Präsidentenamt „entmystifiziert“, formuliert der Autor. So diagnostiziert er, zitierend aus zwei seiner des Pamphletes verdächtigen Quellen, bei Sarkozy neben dessen „unerschöpflicher Energie, seinem Mut, seiner schnellen Auffassungsgabe, seinem Krisenmanagement und seiner Spontaneität“ auch „Aggressivität, ständige Ungeduld [...] Mangel an Überzeugungen [...] an rhetorischer Selbstbeherrschung [...] in Summa sein[en] egomanische[n] Narzissmus“. Das sei ein „eigentlich trauriger Fall für einen Psychoanalyten“ (sic!). Der Autor ist auch skeptisch, was die kraftvolle Außenpolitik anbetrifft: „Ob die regelmäßigen, präsident inspirierten afrikanischen und nahöstlichen Abenteuer Frankreichs geopolitischen Interessen tatsächlich nützten und sie es machtpolitisch über das europäischen Klein-/Mittelmaß hinauswachsen ließen, kann man [...] bezweifeln“.

Die Diskussion, die durch solche Befunde auch bei Frankreichs Partnern an-

geregt werden sollte, kann hier nicht weiter behandelt werden. Interessant ist unter anderem auch des Autors Auffassung, Marine le Pen habe keine Chance auf das höchste Staatsamt, angesichts ihres „wirtschafts- und europapolitischen Autarkieprogrammes des ökonomischen und fiskalischen Selbstmords“. Das Präsidentsystem sei bei aller gewichtigen Kritik daran trotzdem stabil, weil kaum jemand, auch die Wähler nicht, es ernsthaft modifizieren oder gar abschaffen möchten. Warum ist das so? Das bedürfte ebenfalls einer umfangreichen Diskussion.

Auch wenn sich kleinere Druckfehler und Ungenauigkeiten eingeschlichen haben, so besteht das Verdienst des rezensierten Buches darin, den nachdenklichen Leser über die pittoresken Anekdoten hinweg für solche Fragen zu sensibilisieren.

**BERND RILL,
MÜNCHEN**



Nass, Elmar: Kraft, die Zukunft für sich in Anspruch nimmt. Fürth: Wilhelm Löhe Hochschule 2020, 28 Seiten, kostenfrei bestellbar unter: Elmar.Nass@wlh-fuerth.de

/// Leseempfehlung:

CHRISTLICH-SOZIALETHISCHER CORONA-KOMPASS ERSCHIENEN

Selektierung von Menschen durch Triage, mögliche Folgen für unsere Sozialkultur, Begrenzung von Grundrechten, die Idee der Herdenimmunität und geldpolitische Diskussionen um Corona-Bonds erhitzen neben den medizinischen und virologischen Themen die Gemüter in der Corona-Krise. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zu einer lebhaften Streitkultur über solche sozialetischen Fragen aufgerufen. Ausdrücklich christliche Positionen blieben bislang aber still. Diese Lücke schließt nun das Ethikinstitut der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth mit einem Positionspapier.

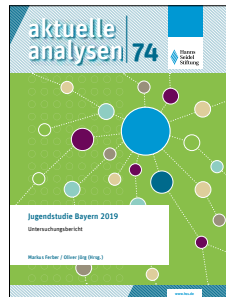
Der katholische Wirtschaftsethiker und Institutsleiter Elmar Nass bezieht Stellung zu den zentralen Wertefragen

aus einer freiheitlich-christlichen Sicht. Er umreißt die zentralen Problemfelder, wägt bislang vorgebrachte Positionen ab, fokussiert die entscheidenden Wertefragen und schlägt christlich begründete Orientierungen vor. Neben einer klaren Abgrenzung vom Utilitarismus in jeder Form werden auch kritische Bemerkungen zum Ad-Hoc-Papier des Deutschen Ethikrates nicht gescheut. ///

Kostenlos abrufbar unter:

www.wlh-fuerth.de/hochschule/departments-und-professuren/iii-ethik-und-philosophie/wirtschafts-und-sozialetik/

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet unter www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



AKTUELLE ANALYSEN
74: Jugendstudie Bayern 2019 –
Untersuchungsbericht



AKTUELLE ANALYSEN
75: Europa gestaltet globale
Handelsbeziehungen – Die Abkommen
mit Japan, Mercosur und Vietnam

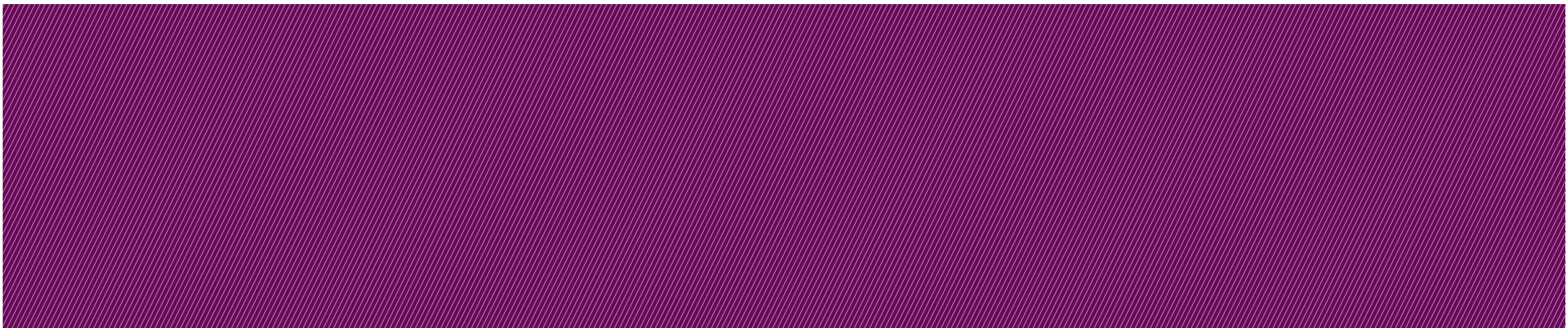


ARCHIV FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK
Verzeichnis der Bestände



VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
Nr. 492 „Die Kraft der Jugend“ mit Beiträgen von
Vincent-Immanuel Herr, Stephanie von Luttitz, Tijen Onaran
und Martin Speer



Herausgeber:

© 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdB
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
iStock.com/PictRider